

UNI-REPORT

21. Oktober 1981

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 14 · Nr. 10

Kürzungen im Haushaltsjahr 1981

Ist die Grenze der Belastbarkeit unserer Universität erreicht?

Die finanzielle Situation der Universität Frankfurt ist gekennzeichnet durch die drastischen Kürzungen der Mittel zur Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren, durch die seit Beginn dieses Jahres verschärften Stellenbewirtschaftungsvorschriften und durch die Kürzungen von Sachmitteln, die von der Landesregierung im August dieses Jahres beschlossen wurden.

Wie bekannt, wurde der Ansatz zur Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren für das laufende Haushaltsjahr um DM 700 000,- gegenüber dem Vorjahr gekürzt. Erst auf massiven Druck der hierfür zuständigen Gremien und der Studentenschaft gelang es, eine Sonderregelung zu erreichen, die erlaubte, durch Inanspruchnahme freier Stellen diese Kürzungen auszugleichen.

Durch inneruniversitäre Verschärfung des landesrechtlichen Stellenbewirtschaftungsvorschriften ist es der Universität in der Zwischenzeit mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Hessischen Landtags gelungen, eine nominale Fortschreibung der Mittel zur Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren aus dem vorhergehenden Rechnungsjahr für 1981 sicherzustellen.

Nicht verkannt werden darf, daß durch diese nominale Fortschreibung wie in den vergangenen Jahren wiederum eine reale Verschlechterung der Situation in diesem Bereich eingetreten ist, da weder die eingetretenen Vergütungserhöhungen aus 1980 noch diejenigen aus 1981 aufgefangen wurden. Hierdurch ist allein seit Ende 1979 eine reale Kürzung von über 10 Prozent eingetreten.

Neben den seit vielen Jahren bekannten Stellenbewirtschaftungsvorschriften für kapazitätswirksame Stellen in weiten Bereichen der Universität wurde im personellen Bereich die Situation dadurch erheblich verschärft, daß die Landesregierung eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre für alle freiwerdenden Stellen verhängte mit der Maßgabe, daß 15 Prozent der freigewordenen Stellen einer sogenannten Dauersperre unterlagen, d.h. im laufenden Jahr auch nach drei Monaten nicht wieder besetzbar waren. Durch gemeinsame Aktionen aller hessischen Hochschulen wurde erreicht, daß die bedingt durch die besonderen Rechtsverhältnisse von vielen Bediensteten der Universitäten erhöhte Fluktuationsrate (befristete Verträge im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses) sich nicht negativ auf die Universitäten auswirkte, indem diese hierdurch zu einer überproportional hohen Zahl von

Stellensperren herangezogen wurden.

Durch Umrechnung der landesdurchschnittlichen Fluktuationsrate auf die Universitäten wurde erreicht, daß seitens der Universität Frankfurt im Verlauf dieses Jahres gegenüber dem Land 204 freiwerdende Stellen für drei Monate zu sperren waren (Kerngebiet 85 — Klinikum 119).

Entsprechendes wurde für die „auf Dauer“ zu sperrenden Stellen ausgehandelt: Danach hatte die Universität Frankfurt 23 sogenannte Dauersperren zu erbringen. Diese entfielen ausschließlich auf das Kerngebiet, da zur Sicherstellung der Krankenversorgung das Klinikum hier ausgenommen wurde.

Damit jedoch die erforderlichen Mittel zur Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren im bisherigen Umfang aufgebracht werden konnten, sah sich die Universität veranlaßt, nicht nur diese genannten 85 Dreimonatssperren zu erbringen, sondern mußte jede im Verlauf dieses Haushaltsjahres freiwerdende Stelle für die Dauer von drei Monaten sperren, um die hierdurch nicht verbrauchten Personalmittel für Wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren bereitzustellen.

Da hierdurch die üblicherweise verfügbaren Personalmittel für die Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren in An-

spruch genommen wurden, konnte sich die Universität nicht am 8. Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landesregierung beteiligen.

Ebenso mußten die Auslandsbeziehungen, die für eine Universität zwingend erforderlich sind, erheblich eingeschränkt werden. Der wissenschaftliche Kontakt zu ausländischen Universitäten durch Einladung von Gastprofessoren ist hierdurch nahezu zum Erliegen gekommen.

Besonders gravierend wirkte sich aus, daß seitens der Landesregierung für 210 Planstellen im Haushaltsplan 1981 die erforderlichen Mittel nicht bereitgestellt waren, da zu einem von der Hessischen Landesregierung wahllos gegriffenen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Dr. Busch ist neuer Kanzler

Dr. Wolfgang Busch ist seit dem 1. Oktober 1981 neuer Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Wolfgang Busch, 1941 in Rendsburg geboren, studierte von 1961 bis 1966 in

Kiel und Marburg und war dann Gerichtsreferendar im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt. Nach dem 2. Staatsexamen ging er 1972 als Referent in die Rechtsabteilung der Universität Marburg. 1973 wurde er zum Dr. jur. promoviert. Im gleichen Jahr übernahm er in der Marburger Universität als Referent den Finanz- und Personalbereich. 1978 wechselte er in das hessische Kultusministerium über und wurde dort Personalreferent.

Dr. Busch ist seit 1967 verheiratet. Er hat zwei Töchter.

Die Stelle des Kanzlers der Universität Frankfurt war seit November 1980 durch den Tod von Kanzler Georg Strobel vakant.



4. Forschungsbericht liegt vor

Der Vierte Forschungsbericht der Johann Wolfgang Goethe-Universität liegt vor. In einer Pressekonferenz konnte ihn Universitätspräsident Professor Dr. Hartwig Kelm der Öffentlichkeit vorstellen. Der Bericht umfaßt die Jahre 1978 bis 1980 und ist somit aktuell. Er erhält Beschreibungen von 1320 Forschungsthemen, an denen sich 500 Professoren und 1400 wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt haben. Sieht man von zwei Fachbereichen ab, so kann man diesen Be-

richt als vollständig bezeichnen.

Im ersten Teil der Pressekonferenz ging Präsident Kelm ausführlich auf die Haushaltskürzungen und ihre drastischen Auswirkungen auf Lehre und Forschung ein (siehe auch Bericht auf dieser Seite). Im zweiten Teil erläuterten fünf Wissenschaftler ihre im Forschungsbericht aufgeführten Projekte, die alle eines gemeinsam haben: Sie befassen sich mit Frankfurt.

Professor Dr. Wilhelm Lutz referierte über eine Diplomarbeit von Barbara Kretschmar, die sich mit dem Gemüseanbau in Frankfurt und seiner Bedeutung für die Versorgung des Frankfurter Marktes befaßt.

Dem seit alters gepflegten Gemüseanbau in Frankfurt am Main und in seinem unmittelbaren Umland kommt trotz der vergleichsweise kleinen Fläche von nur etwa 360 ha hohe wirtschaftliche Bedeutung zu. Er könnte die Versorgung der Frankfurter Bevölkerung mit Gemüse zu etwa 50 Prozent sicherstellen. Er ist besonders für die Versorgung mit Frischgemüse hoher Qualität bedeutungsvoll. Frau Kretschmar kommt in ihrer Diplomarbeit unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

Nahezu alle der 78 Gemüseanbaubetriebe bewirtschaften mehr als ein ha, nahezu 75 Prozent mehr als zwei ha Fläche. Die Flächen der kleineren und mittelgroßen Betriebe (bis zu 7,5 ha) sind zu mehr als 90 Prozent mit Gemüse bepflanzt. Insbesondere die Gemüseanbaubetriebe in Oberrad und in Sachsenhausen zeichnen sich durch einen außerordentlich intensiven Anbau aus.

Alle Gemüseanbaubetriebe in Frankfurt am Main sind — anders als in weiten Teilen Hessens — bäuerliche Voller-

werbsbetriebe; nahezu 40 Prozent der von diesen Betrieben bewirtschafteten Flächen werden als Pachtland benutzt.

In den Gemüseanbaubetrieben im Norden Frankfurts und in seinem unmittelbaren Umland überwiegt der Kohlanbau, in den Betrieben des geschlossenen Oberrades und Sachsenhausener Gemüseanbaugesbietes hingegen der Salat- und Feingemüseanbau, wobei die feuchten Flächen auf der Niederterrasse für den Anbau von Salat und Feingemüse (vor allem von Kräutern für die Frankfurter Grüne Soße), die südlich Oberrad auf höheren Terrassen gelegenen Flächen hingegen für den Anbau der frühen und feineren Kohlsorten genutzt werden.

Der Anbau von zumeist südländischen Spezialitäten, wie insbesondere Chinakohl, Romanasalat, Fenchel, Brokkoli, Zucchini, Eissalat, ist in den letzten Jahren stark ausgeweitet worden.

Die Intensität des Gemüseanbaus insbesondere in Oberrad und in Sachsenhausen ist durch die Flurbereinigung zu Beginn der 60er Jahre verstärkt worden. Sie ist überdies auch nur auf der Grundlage des starken Unterglasanbaus möglich.

Als Folge der hohen Arbeitsintensität des Gemüseanbaus beläuft sich der durchschnittliche Arbeitskräftebesatz auf 4,6 AK/Betrieb. 52 Prozent aller Beschäftigten sind Familienangehörige. Frankfurter Gemüseanbauer zeichnen sich durch einen hohen Ausbildungsstand aus; mehr als ein Drittel aller Betriebsleiter sind Gärtnergehilfen, mehr als 20 Prozent sind Gärtnermeister oder haben sogar eine höhere fachliche Ausbildung abgeschlossen.

Der Absatz des in Frankfurt angebauten Gemüses erfolgt vor allem über die Frankfurter

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mehr als 28 000 Studenten werden im Wintersemester 1981/82 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität studieren. Präsident Prof. Dr. Hartwig Kelm konnte am 13. Oktober Martina Hartwig als 28 000. Studentin begrüßen. Sie hat im Nachrückverfahren der ZVS einen Studienplatz für Pharmazie erhalten. Foto: Heisig

Ist die Grenze der...

(Fortsetzung von Seite 1)

Termin (1. 2. 1980) zufälligerweise an der Universität Frankfurt diese Anzahl von Planstellen vakant war.

Bevor also die Umschichtung von Personalmitteln zugunsten der Beschäftigung von Wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren erfolgen konnte, mußten zuvor die Mittel für diese 210 Planstellen und für die genannten Dreimonatssperren herausgerechnet werden. Dies verdeutlicht, daß nur durch einen einmaligen Kraftakt der gesamten Universität die verordneten Sparmaßnahmen erbracht und ausgeglichen werden konnten. Die Mehrbelastungen, die durch monatelange Vakanzen einzelner Stellen auf die vorhandenen Mitarbeiter entfallen sind, können und dürfen nicht zu einem Dauerzustand werden.

Besonders erschwerend kommt hinzu, daß in der Zwischenzeit die Hessische Landesregierung beschlossen hat, daß die 23 für Dauer gesperrten Stellen mit Ablauf dieses Jahres ersatzlos gestrichen werden.

Angesichts der steigenden Studentenzahlen, die zu erheblichen Mehrbelastungen in fast allen Bereichen dieser Universität führen, kann nicht gleichzeitig durch restriktive Stellenbewirtschaftungsvorschriften ein Abbau des Personals vorgenommen werden.

Im Sachmittelbereich hat sich die Situation im August erneut gravierend verschärft. Durch das erheblich nachlassende Steueraufkommen sowie zum Ausgleich erhöhter (nicht eingeplanter) Personalausgaben sah sich die Hessische Landesregierung veranlaßt, 3 v. H. aller per 1.7.81 nicht verausgabten Sachmittel zu sperren.

Da nach der Entscheidung der Hessischen Landesregierung bei bestimmten im Kultusbereich bewirtschafteten Mitteln (Ersatzschulfinanzierung, Zuschüsse an Studentenwerke, Volkshochschulmittel, Lernmittelschüsse, Ausbildungsförderung, Zuschüsse an Kirchen, Zuschüsse an Kliniken) keine Kürzungen/Sperren erfolgen sollten, wurden die Sperrquote bei den übrigen im Kultusbereich veranschlagten Mitteln entsprechend höher angesetzt.

Danach ergab sich für die Universität Frankfurt zunächst ein einzusparger Betrag von sechs Millionen DM. Durch scharfe Proteste und nachfolgende Verhandlungen konnte dieser Betrag für den Bereich der Kernuniversität auf „nur“ 2,7 Millionen, für den Bereich des Klinikums auf 1,7 Millionen DM gesenkt werden.

Im Sinne einer möglichst weitgehenden Schonung der Lehr- und Forschungsbereiche (ATG 71) mußte ich die Fachbereiche im Kerngebiet und die sonstigen Einrichtungen mit einer Sperre von 0,98 Mio DM und die zentral bewirtschafteten Mittel derselben Titelgruppe mit einer Blockierung von 0,35 Mio DM belegen. Die Kürzung trifft außerdem die Mittel für Grundstücksbewirtschaftung und -unterhaltung, kleinere Umbauten, HRZ und ZDV sowie für einige kleinere Haushaltsansätze in Höhe von 1,4 Mio DM. In meinem Rundschreiben vom 9. 9. d. J. habe ich alle Betroffenen von diesen Sparmaßnahmen unterrichtet und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß ich ihre Zuweisung für das Haushaltsjahr 1982 entsprechend mindern muß, wenn der Sparbetrag in diesem Haushaltsjahr nicht

mehr aufgebracht werden kann.

Die von den Fachbereichen zu erbringenden knapp 1 Million DM bedeuteten für diese 10 v. H. der für das Haushaltsjahr 1981 insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Es steht schon jetzt fest, daß dadurch einige Institute und Seminare für den Rest des laufenden Haushaltsjahres über keinerlei Mittel mehr verfügen können.

Ankündigungen und Befürchtungen für 1982

Nach dem Entwurf des Haushaltsplans 1982, der dem Hessischen Landtag in der Zwischenzeit vorgelegt wurde, sind die Perspektiven für das kommende Haushaltsjahr äußerst besorgniserregend. Während im Sachmittelbereich vorerst eine Fortschreibung der Haushaltsansätze aus dem laufenden Haushaltsjahr für 1982 vorgesehen ist, muß wiederum mit einschneidenden Sparmaßnahmen im Personalbereich gerechnet werden.

Der Ansatz für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren ist zwar gegenüber dem in diesem Jahr erheblich gekürzten Ansatz um ca. 300 000 Mark angehoben worden, gegenüber den tatsächlichen Ausgaben in diesem Jahr muß aber mit einer Kürzung von 500 000 Mark, also nominal ca. 10 Prozent gerechnet werden. Gegenüber dem Haushaltsplan 1979 wäre dies eine reale Kürzung von ca. 20 Prozent.

Abweichend von den Stellenbewirtschaftungsvorschriften im laufenden Haushaltsjahr sieht der Entwurf der Landesregierung eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre vor, wobei zu hoffen ist, daß die Universitäten wiederum wie im laufenden Haushaltsjahr der landesüblichen Fluktuationsrate angepaßt werden, so daß nicht jede, sondern nur eine bestimmte Zahl von Stellen entsprechend zu sperren wäre. In Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung bemühe ich mich zur Zeit um eine Sonderregelung dahingehend, daß angesichts der mit Sicherheit höher liegenden Fluktuation die Zahl der zu erbringenden sechsmonatssperren durch eine entsprechend höhere Anzahl von Dreimonatssperren erbracht werden kann, da sechsmonatssperren meiner Ansicht nach an Universitäten nicht durchführbar sind.

Angesichts dieser Verschärfung der Stellenbewirtschaftungsvorschriften wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im kommenden Haushaltsjahr nicht möglich sein, den Minderansatz zur Beschäftigung von wissenschaftlichen Hilfskräften und Tutoren über universitätsintern verschärfte Stellenbewirtschaftungsvorschriften auszugleichen.

Ebenso wie in diesem Jahr ist eine erhebliche Anzahl von Dauersperren zu erbringen. Bisher wurden Äußerungen laut, daß die Zahl der zu erbringenden Dauersperren (mit deren Abzug dann zum Ende des kommenden Haushaltsjahres gerechnet werden muß) höher liegt als im laufenden Haushaltsjahr.

Die unausweichlichen Folgen

Die bisher nur kurz skizzierten Einschränkungen der Bedingungen für unsere wissenschaftliche Arbeit fordern dazu auf, die Folgen aufzuzeigen und der Öffentlichkeit und den verantwortlichen Politikern in aller Deutlichkeit vorzutragen.

Überlegungen in dieser Richtung wurden in den letzten Wochen in der Konferenz Hessischer Universitätspräsidenten (KHU), vor wenigen Tagen im Ständigen Ausschuss für Haushaltsangelegenheiten und den Hochschulentwicklungsplan unserer Universität und bei zahlreichen Begegnungen mit verantwortlichen Personen vorgetragen und diskutiert. Bei allen diesen Gelegenheiten wurde von universitärer Seite immer wieder betont, daß die hessischen Hochschulen mindestens doppelt im Rahmen der „Sparmaßnahmen“ zur Kasse gebeten werden. Einmal, indem sie die deutlich steigenden Studentenzahlen während der nächsten acht bis zehn Jahre ohne adäquate materielle Unterstützung verkraften müssen und zum zweiten, daß sie massive Etatkürzungen hinnehmen haben, die im Hochschulbereich wegen der hier herrschenden spezifischen Verhältnisse stärker als anderswo zur Wirkung kommen.

Auch von uns wurde in der Vergangenheit stets anerkannt, daß die Regierung des Landes Hessen während der letzten zwei Jahrzehnte große Anstrengungen unternommen hat, die Hochschulen des Landes auszubauen. Dies geschah allerdings auch im Zusammenhang mit regional- und strukturellen Zielplanungen, insbesondere im mittel- und nordhessischen Raum und entsprach daher nicht dem wirklichen Bedarf. Gleichzeitig wurde entsprechend dem erklärten Willen der regierenden Parteien die Öffnung der Hochschulen praktiziert. Als Folge davon stiegen auch die Studentenzahlen weit über die auf Dauer projektierten Zahlen hinaus. Für Frankfurt ist diese Entwicklung besonders drastisch verlaufen: statt der vom Kultusminister projektierten Zahl von ca. 17 000 Studierenden wurde vor wenigen Tagen der 28 000 Student immatrikuliert. Angesichts der nahezu stagnierenden räumlichen Ausbaumaßnahmen in Frankfurt, der rückläufigen Personalausstattung und der Etatkürzungen muß die Frage gestellt werden, ob die Zulassung von Studenten an unserer Universität weiterhin unter dem Vorzeichen der Öffnung stehen kann. Denn diese politische Maxime, welche der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder im Jahre 1977 setzten, insbesondere um den verheerenden Auswirkungen des Numerus clausus auf die Schulkinder zu begegnen, stand unter dem Gebot der Chancengleichheit auch der geburtenstarken Jahrgänge im Bildungssystem. Wenn jedoch eine Öffnung ohne unterstützende Maßnahmen erfolgt, können die Chancen für die betroffenen Studenten nicht gewahrt werden: die Ausbildung wird zweifellos schlechter, die Chancen werden auf dem Arbeitsmarkt geringer. Öffentlichkeit und Politiker sind aufgerufen, sich dieser Problematik zu stellen und nicht die Hochschulen damit allein zu lassen.

Nicht selten hört man in diesen Tagen die Aufforderung an die Hochschulen, initiativ zu werden, „sich etwas einfallen zu lassen“, um die Not zu lindern, d. h. neue Lösungen zu finden bzw. Reserven zu mobilisieren. Selbstverständlich gibt es in der Universität hier und da eine Gelegenheit, die Leistungen zu steigern und unterschiedliche Arbeitsbereitschaft durch Reaktivierung der Zurückgefallenen auszugleichen. Dies ist und soll bereits aus Gründen der Fairness und Gerechtigkeit unter den Mitgliedern der Universität geschehen. Aber auch diese nicht sehr großen Möglichkeiten können nicht allein dem Ver-

kraften weiterer Studentenzahlen dienen, es sind auch bereits eingetretene Defizite im Forschungsbereich aufzuholen. Der zwangsläufig beim Verfolgen der bisherigen Politik eintretende Niveauverlust in der Lehre und der Verlust an quantitativer und qualitativer Forschung, der bereits alarmierende Formen angenommen hat, muß dringendst diskutiert werden. Die Funktionen des Hochschulwesens in unserer Gesellschaft können nämlich nicht auf die von beruflichen Ausbildungsstätten allein reduziert werden; gerade Aufgabe der Universitäten ist es auch, durch die Pflege der Wissenschaften in der Forschung zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Sicherung der wirtschaftlichen Leistungskraft beizutragen.

Die so oft zitierte und bei der Zuteilung von Studenten an die Hochschulen seitens der Ministerien und Zulassungsstellen benutzte Kapazitätsverordnung enthält keine Parameter für Qualität und Vielfalt, ja sie führt — als einziges Instrument zur Regelung der Zahl der Studienplätze — dazu, Aufbaustudien wegzulassen, kleine aber für den universitären Charakter einer Bildungsstätte notwendige Fächer und Studiengänge zu eliminieren und in den Massenfächern das Niveau ohne Halt zu senken. Es gibt im universitären Wissenschaftsbereich keine

Alarmglocke, die anschlägt, wenn ein Mindestniveau unterschritten wird, ja es ist sogar noch nicht einfach, den Bereich dieses Niveaus einigermaßen klar zu definieren. Es gibt jedoch eine nicht mehr übersehbare Zahl von verantwortungsbewußten Personen an den Hochschulen, die überzeugt sind, daß dieser Bereich erreicht und möglicherweise auch schon unterschritten ist und daß über die spannungsgeladene Alternative Quantität versus Qualität (und Vielfalt) ernsthaft diskutiert werden muß. Hinweise dazu ergeben sich ferner aus internationalen Vergleichen von Forschungsergebnissen, der Bilanz der nationalen Einnahmen und Ausgaben für Lizenzen und Patente und aus der Entwicklung des Austausches von Wissenschaftlern.

An dieser Stelle kann nur eindringlich gemahnt werden, verbunden mit dem Aufruf, sofort die notwendigen Diskussionen ohne parteipolitische Einseitigkeiten zielgerichtet zu beginnen. Die Universität sieht sich nicht gerne in die Lage gedrängt, durch stärkere, spektakuläre Maßnahmen auf das Dilemma hinweisen zu müssen — ein Dilemma, das für alle die Zukunft bedroht und in welchem die Hochschulen auf sich gestellt, hilflos bleiben müssen.

Hartwig Kelm
(Präsident)

Der Personalrat informiert

- Liebe Kolleginnen
- und Kollegen,
- der Personalrat der Johann Wolfgang Goethe-Universität — Kerngebiet — lädt Sie hiermit herzlichst zu dem am 22. Oktober 1981 um 14.00 Uhr in der „Camera“ — Gräferstraße — stattfindenden Personalversammlung ein.
- Tagesordnung:
- — Eröffnung und Begrüßung
- — Tätigkeitsbericht des Personalrates gem. § 46 HPVG
- — Aussprache
- — Verschiedenes
- Gem. § 47 HPVG ist für die Teilnahme Dienstbefreiung gewährt. Der Personalrat würde sich freuen, wenn er möglichst viele Bedienstete der Universität am 22. 10. 1981 begrüßen könnte.

★

Resolution zur Stellensperre und Kürzung der Haushaltsmittel

Der Personalrat der Universität Frankfurt — Kerngebiet — protestiert gegen die zunehmende Belastung des an der Hochschule tätigen Personals durch eine immer restriktiver werdende Haushaltspolitik, die vor allem zu Lasten der Beschäftigten geht.

Nachdem ihnen schon im laufenden Haushaltsjahr durch die dreimonatige Sperre aller frei werdender Stellen und die Dauersperre von 23 Stellen zusätzliche Belastungen auferlegt wurden, wird die Situation für das nächste Jahr deutlich verschärft durch den Wegfall dieser 23 dauersperren Stellen und die Ausdehnung der Sperrfrist für frei werdende Stellen auf sechs Monate.

Infolge der starken Fluktuation im Bereich der Universität und der deshalb häufig nicht vorhersehbaren Zahl ausscheidender Kollegen werden nicht nur die allgemeinen Belastungen aller Mitarbeiter erhöht, sondern es besteht die Gefahr, daß einzelne Bereiche

der Universität aufgrund zufällig eintretender Vakanzen funktionsunfähig werden.

Nicht nur die Stellensperre, auch die nachträgliche Kürzung der allgemeinen Haushaltsmittel, erhöht die Belastung der Mitarbeiter.

Der Personalrat wendet sich entschieden dagegen, daß aufgrund der durch die wirtschaftliche Krise bedingten fehlenden Staatseinnahmen weit nach der Jahresmitte die ursprünglich vorgegebenen Haushaltsdaten weiter zu Ungunsten der Beschäftigten an der Universität wie aller Universitätsangehörigen korrigiert werden. Langfristige Planung wird damit aufgehoben, kurzfristige Zusatzarbeiten durch Stellensperren bzw. -kürzung gefordert.

Der Personalrat fordert alle an der Universität zuständigen Gremien und die gewählten Vertreter auf, diese Maßnahmen abzulehnen. Er erwartet auch die Unterstützung der Gewerkschaften ebenso wie er mit ihnen bei der Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten und Universitätsangehörigen zusammenarbeitet.

Der Personalrat verlangt:

- Aufhebung der Sachmittelkürzung und
- Rücknahme der bestehenden und geplanten Stellensperre!

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle zwei Wochen am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Broschüre informiert über die Universität

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität stellt sich in einer neuen Broschüre vor. Auf 94 Seiten gibt diese Schrift einen Überblick über die Geschichte der Hochschule, über die Organisationsstruktur, die Auslandsbeziehungen und die Studienmöglichkeiten. Ausführlich werden über die Lehre und die Forschung in den Fachbereichen und Sonderforschungsbereichen berichtet. Ebenfalls werden die Zentralen Einrichtungen der Universität beschrieben. Lagepläne und ein Anschriftenverzeichnis vervollständigen die Broschüre.

Vor allem die Wissenschaftler dieser Universität hatten eine Selbstdarstellung der Hochschule bisher vermisst. Ihnen fehlte ein Buch oder eine Broschüre, um „ihre“ Universität den Kollegen im In- und Ausland vorzustellen. So schreibt auch Universitätspräsident Prof. Dr. Hartwig Kelm in seinem Vorwort zur Broschüre: „Die Universität Frankfurt steht heute vor einem Dezenium erheblich verstärkter Lehraufgaben und gleichzeitig schwindender materieller Basis. Unter solchen Bedingungen gilt ihr vor allem auch als Stätte der Forschung unser besonderes Augenmerk. Hierzu gehören ganz wesentlich die Anbahnung und Pflege von Kontakten zu Wissenschaftlern und Institutionen außerhalb der Universität — im Inland wie im Ausland — sowie die Selbstdarstellung gegenüber einer breiten interessierten

Öffentlichkeit. Diesem zweifachen Zweck soll diese Broschüre dienen, in dem sie unsere Universität unter möglichst vielen Aspekten vorstellt, so daß sich der Interessierte ein detailliertes Bild davon machen kann, welche Möglichkeiten für Wissenschaftler und Studenten hier geboten werden.“

Der Leser der Broschüre wird dann auch umfangreich informiert. Der erste Teil schildert vor allem die Geschichte der Frankfurter Uni: Von den Stiftungen, die 1914 zur Gründung der Universität führten, vom Niedergang nach 1933 und dem Wiederaufbau nach 1945 bis hin zur Landesuniversität. Zahlreiche Fotos ergänzen den Text. Als „Bonbon“ haben die Verfasser in die sonst schwarzweiß gedruckte Broschüre zwei Farbseiten aufgenommen. Auf ihnen sind die jeweils erste

Seite des Vertrages über die Gründung einer Universität zu Frankfurt sowie der von Kaiser Wilhelm II. unterschriebenen Satzung für die Universität im Vierfarbendruck abgebildet.

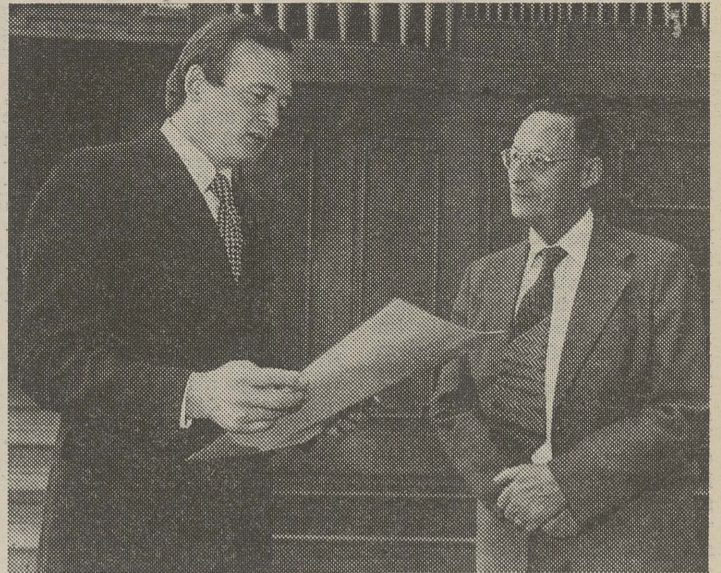
Der zweite und größere Teil der Broschüre beschreibt die Lehre und die Forschung in den Fachbereichen. Ende 1980 waren alle Professoren gebeten worden, ihre Forschungsschwerpunkte für die nächsten fünf Jahre zu nennen. Ihre Angaben sind in die Publikation aufgenommen worden und geben somit einen umfassenden Überblick über die Forschungsaktivitäten in der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Die Broschüre kann in der Pressestelle angefordert werden.

Schreie aus der Mammutschule

Am Institut für Kunstpädagogik, „in der Fabrik“, wie es im Frankfurter Uni-deutsch heißt, läuft die kunsttheoretische und künstlerisch-praktische Ausbildung parallel über das ganze Studium hinweg. Im dritten Semester der künstlerischen Praxis soll der Student möglichst verschiedene bildnerische Techniken kennenlernen, damit er (wenn er irgendwann hoffentlich einmal eine Stelle bekommt) im Schulalltag vielerlei verfügbar hat, von „Klassenzimmertechniken“ bis zum Photoexperiment.

Im Rahmen dieser Kurse wurden unter anderem Plastiken aus Maschendraht und Papier hergestellt. Sie lassen sich ausgezeichnet für Schulfeste und dergleichen verwenden, und



Am 26. 6. 81 erhielt Prof. Dr. E. F. Bertaut, Grenoble, die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Geowissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die Urkunde wurde vom Dekan des Fachbereichs Geowissenschaften, Prof. Dr. H. Fuß, überreicht. Herr Bertraut erhielt die Auszeichnung in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung neuer Methoden in der Kristallchemie und Kristallphysik, insbesondere seiner grundlegenden Forschungen über Neutronenbeugung, Magnetismus und Röntgenstrukturanalyse.

Kinder haben im allgemeinen viel Freude daran, einmal in einer Größenordnung arbeiten zu dürfen, die ihrem eigenen Körper in etwa entspricht. Die pädagogische und inhaltliche Zielsetzung ist durch die Wahl dieser Technik nur wenig festgelegt: Papier und Maschendraht, das erhebt keinen hohen Anspruch. Es kann, muß aber nicht, „Plastik“ im künstlerischen Sinn angestrebt werden. Um so besser eignet sich diese Technik, um aktuelle Probleme durch die Mittel des plastischen Gestaltens kurzfristig und unübersehbar „herauszustellen“ (im wahrsten Sinne des Wortes).

Den Studenten des 3. Semesters war das Thema ihrer Papierplastiken freigestellt. Sie konnten parallel zu ihrem Seminar in der Universität in einer Schulklasse hospitieren, wo gleichzeitig von den Kindern in der gleichen Technik ähnliche Figuren hergestellt wurden.

Einer der Studenten wählte aufgrund seiner deprimierenden Beobachtungen in verschiedenen Schulen Hessens das Thema „Gesamtschüler“. Er stellte eine lebensgroße Papierplastik her, zog sie mit Kleidern an, gab ihr eine Schrifttafel in die Hände, setzte ihr einen Schulranzen auf

und postierte die Plastik in den Flur des Institutes. Daneben hing ein Oktavheft, in dem jeder Passant seine Stellungnahme eintragen durfte und sollte. Der Text auf der Schrifttafel lautete ursprünglich:

„Ich bin Schüler einer Gesamtschule. Ich wurde ‚ein- und fördergestuft‘. Ich bin adiirt, zusammengepfercht, integriert und untergemengt worden. Ich werde später als hauptsächliches, tatsächliches oder adressiertes Anonym aus dem Bürokratenhexenkessel mit seinen sterilen und klimaverfälschten Dunkelkammern gelassen. Ich werde dann ein Mensch geworden oder gewesen sein. Meine Schreie — könnt ihr nicht hören?“

Nach einigen Debatten, ob der Kern des angesprochenen Problems die Gesamtschule oder die sinnlose Größe mancher Schulen sei, wurden im Text die Worte „Schüler einer Gesamtschule“ in „Schüler einer Mammutschule“ geändert. In dem Oktavenheftchen fanden sich nach vier Wochen u. a. folgende Eintragungen:

„Finde ich einen Klasse-Zusammenhang von ‚Kunst‘ und ihrer sinnvollen Anwendung.“ (A.)

„Sehr realitätsnah, wirklich. Man müßte ihn ins Lehrerzimmer oder am besten zum Kultusminister bringen!“ (B.)

„Schüler oder Lernmaschine — das ist hier die Frage?“ (N.)

„Unwillkürlich überkommt mich Beklommenheit, wenn ich ihn sehe. Dann denke ich daran, daß mein jetziges Leben an der Universität ähnlich von außen geformt wird. Ich sehe mich durch Turm, Mensa, Hörsäle und andere Gebäude schleichen. ‚Zusammengepfercht, untergemengt im Denken.‘ Besonders zutreffend finde ich die Frage, ob ich Mensch werde oder war?“

„Meine Schreie — könnt ihr nicht hören?“ Inmitten von leuchtenden Lichtreklamen.“ (M.)

„Deinen Anmerkungen kann man nur Glauben schenken, weil sie anstatt Argumente zu liefern, auf Emotionen abzielen. Ich weiß nicht, ob das gut oder schlecht ist, für eine Diskussion, wie man es besser machen sollte!“ (S.)

Dem habe ich als Seminarleiter nichts hinzuzufügen.

Wolf Spemann

Terminplan für den Uni-Report

Ausgabe	Erscheinungstag	Redaktionsschluß (12 Uhr)
Nr. 11/81	4. November	28. Oktober
Nr. 12/81	19. November	11. November
Nr. 13/81	2. Dezember	25. November
Nr. 14/81	16. Dezember	9. Dezember
Nr. 1/82	6. Januar	16. Dezember
Nr. 2/82	20. Januar	13. Januar
Nr. 3/82	3. Februar	27. Januar

Pharmaziestudenten auf Exkursion

Am 2. 8. 1981 starteten 30 Studenten und Assistenten des Instituts für Pharmazeutische Chemie unter Leitung von Prof. Dr. Herbert Oelschläger zu einer fünftägigen pharmazeutisch-chemischen Exkursion in den Raum Basel. Zweck der Exkursion war es, den Teilnehmern die vielfältigen Probleme aufzuzeigen, die bei der Umsetzung einer im Laboratorium aufgefundenen Synthese eines Arzneistoffes oder Zwischenproduktes im 100-g-Maßstab in die technische Dimension, gegebenenfalls dann sogar im kontinuierlichen Betrieb, zu lösen sind. Außerdem sollten einige, in den Pharmazeutischen Instituten weniger gebräuchliche analytische Methoden, wie zum Beispiel die Röntgenfluoreszenz, in der praktischen Anwendung studiert werden.

Der erste Tag galt der Besichtigung einiger Betriebe der Hoffmann-La Roche in Basel, von denen besonders die anspruchsvolle Diazepam-Synthese beeindruckte. Man erfuhr von Nebenreaktionen, die kein Lehrbuch der Pharmazeutischen Chemie erwähnt. Der Abend galt dem Kennenlernen der zauberhaften Basler Altstadt mit ihren vielen verträumten Gaststätten. Am Dienstag wurde ausführlich die kontinuierliche Synthese des Vitamins B₂ bei der ältesten Roche-Tochterfirma in

Grenzach „unter die Lupe genommen“. Sowohl die Schutzmaßnahmen vor Lösungsmittel- und explosionsgefährlichen Schäden der mit der Fertigung befaßten Mitarbeiter beeindruckten alle Teilnehmer. Ein Ausflug in das Elsaß bei schönstem Wetter mit dem Höhepunkt Hohkönigsburg beschloß diesen Tag. Die alte Staufferburg in den Vogesen, die Kaiser Wilhelm II. in den Jahren 1902 bis 1908 unter Leitung des Berliner Architekten Bodo Ebhardt hatte renovieren lassen, vermittelte mit dem großartigen Blick über die Oberrheinische Tiefebene ein starkes Erlebnis. Der dritte Tag gewann sein Gepräge durch die herzliche Aufgeschlossenheit der mit der Führung befaßten Mitarbeiter der Firma Ciba-Geigy, die mit größter Bereitwilligkeit alle Fragen der Exkursionsteilnehmer zu vornehmlich analytischen Problemen beantworteten. Eine für die Synthese eines neuen Cephalosporin-Antibiotikums erforderliche großtechnische kontinuierliche Ozonisierung war der Clou dieser Besichtigung. Den Abschluß der Exkursion bildete ein Besuch bei der BASF in Ludwigshafen. Der neue Ammoniakbetrieb, die kontinuierliche Methylamindarstellung aus NH₃ und CH₃OH und das Hauptlabor, in dem noch vieles an Prof. Reppe erinnerte, beeindruckten schon von der Di-

mension her die Besucher sehr stark. Besonderes Interesse fanden die vielen Hydrieranlagen.

Außer dem Gewinn an chemischen Kenntnissen erhielten die Exkursionsteilnehmer auch einen klaren Einblick in die Schwierigkeiten, mit denen die pharmazeutische und chemische Industrie gegenwärtig zu kämpfen hat. Unwirtschaftlich kurze Nutzungszeiten der Patente in Verbindung mit einer Generica-Flut einerseits und Arzneistoffe zu Dumpingpreisen aus Ostblockländern und Ländern der Dritten Welt in Verbindung mit hohen Personalkosten andererseits zwingen zu harten Einsparungen in allen Bereichen, die Forschung nicht ausgenommen. Unvergessen werden sicher die Worte des Leiters des NH₃-Betriebes bleiben, der kurz und bündig aufzeigte, daß die Ernährung der Menschheit in erster Linie ein Energieproblem ist, weil ohne Düngemittelproduktion mit der Startsubstanz NH₃ keine ausreichende Nutzung der Agrarflächen mehr möglich ist.

Den herzlichen Dank aller Teilnehmer an Prof. Oelschläger, dessen langjährige Verbindungen zu den besuchten Firmen die persönliche Note der Exkursion ermöglicht hatten, übermittelte Dr. Blume auf dem letzten Abend in Ludwigshafen.



Papierplastik von Erwin Dallmann. Foto: W. Dimpl

4. Forschungsbericht

(Fortsetzung von Seite 1)

Obst- und Gemüse-Großmarkthalle. Der Absatz an Landketten gewinnt jedoch zunehmende Bedeutung. Ausblick: Für die zukünftige Entwicklung des Gemüsebaus in Oberrad und in Sachsenhausen könnte sich die Verwirklichung bestimmter verkehrstechnischer Konzepte im Zusammenhang mit dem S-Bahn-Bau Frankfurt am Main-Offenbach/Main-Hanau als bedeutungsvoll erweisen. Um wirtschaftlich gesunde Gemüsebaubetriebe zu erhalten und um somit die Versorgung der Frankfurter Bevölkerung mit Frischgemüse sicherzustellen, sollte ebenso der Ausdehnung der Siedlungsflächen zu Lasten wertvollen Ackerlandes wie jeder verkehrstechnischen Lösung gewehrt werden, die zu einer Beeinträchtigung des Oberräders und Sachsenhäuser Gemüsebaugesbietes und der Lebensfähigkeit der einzelnen Betriebe führen könnten.

★

Das von Dr. Elsbet Orth vorgelegte Forschungsprojekt beschäftigt sich mit Frankfurt im Früh- und Hochmittelalter. Das deutsche Königtum war bis ins späte Mittelalter hinein Reisekönigtum. Aufenthaltsorte der Könige und damit Orte der Herrschaftsausübung waren sowohl Pfalzen als auch

nigsgut als auch Bischofssitze, Klöster u.a. Früh erkannte man, daß einzelne Pfalzen zeitweise oder auf Dauer spezielle Funktionen für Königtum und Reich erfüllten. So haben sich Orte heraus, die bevorzugt an hohen Feiertagen, andere, die für die Abhaltung von Reichsversammlungen aufgesucht wurden. Bekannt ist die Funktion Aachens als Krönungsort (bis in 16. Jh.), Nürnbergs als des Aufbewahrungsortes des Reichsinsignien in königlicher Zeit und Frankfurts als Königswahlort (seit 1562 auch Krönungsort).

Die Untersuchung der Geschichte der Königsaufenthaltsorte, einschließlich der Baugeschichte der einzelnen Pfalzen, die Betrachtung von Rechts- und Besitzverhältnissen, der Verkehrssituation und der Inanspruchnahme des Ortes durch die Herrscher u. a. m. versprechen wesentliche Aufschlüsse über die mittelalterliche politische und Verfassungswirklichkeit, über die Bedingungen mittelalterlicher Herrschaft und deren Repräsentation. Diese Untersuchung haben sich die Mitarbeiter des DFG-Projekts „Repertorium der deutschen Königspfalzen“ zur Aufgabe gemacht. Ein einheitlicher Fragenkatalog, von den Beteiligten erarbeitet, soll die Vergleichbarkeit der Einzelergebnisse absichern. Der Untersuchungszeitraum reicht

bis zur Mitte des 13. Jhs. Im Rahmen dieses Projekts wird die Geschichte der Pfalz Frankfurt von der Unterzeichnung behandelt.

Frankfurt tritt bereits in karolingischer Zeit neben Regensburg als „Hauptsitz des Reichs“ hervor. Seit dem Aufenthalt Karls d. Gr. 793/94 fanden hier zahlreiche Reichs- und Hofstage statt. Im 9. Jh. dienten die Pfalzgebäude mehrfach als königliches Winterquartier. Schriftliche Quellen bieten für die Epoche zwischen 794 und 1256 Nachrichten über ca. 200 Königsaufenthalte. Seit dem 12. Jh. kristallisierte sich die Funktion Frankfurts als Königswahlort heraus. Große, relativ geschlossene Königsgutkomplexe in der Umgebung des Ortes boten die wohl wichtigste Voraussetzung für den Aufstieg Frankfurts in karolingischer Zeit. Die dauerhafte Sicherung seiner für Königtum und Reich bedeutenden Rolle dürfte der Ort vor allem seiner günstigen Lage am schiffbaren Main im Zentrum des Reichs verdankt haben.

★

„Untersuchungen zur physikalischen, chemischen und hygienischen Wassergütebestimmung und der organisch/anorganischen Feststofffrachten der Nidda auf dem Gebiet der Stadt Frankfurt am Main“ heißt eine Studie von Prof. Dr. Wilhelm L. F. Brinkmann, Ziel der Studie ist die Untersuchung des Wassers der Unteren Nidda und ihrer Zuflüsse

in Quantität und Qualität sowie die Bereitstellung dieses Grundlagenmaterials für die Planung und Durchführung der Bundesgartenschau 1989. Des weiteren dient die Bestandsaufnahme als Grundlage eines möglicherweise in Teilbereichen der Unteren Nidda vorstellbaren naturnahen Gewässerausbau, wobei grundsätzliche ökonomische und ökologische Nutzungsansprüche an den staugeregelten Fluß und seine Aue abzuwägen und einem tragbaren Kompromiß zuzuführen sind. Letztlich sieht die Auswertung der Ergebnisse vor, ein integriertes Wassermengen/Wassergüte-Modell für die Untere Nidda zu erstellen.

★

Das vierte Projekt wird im Fachbereich Humanmedizin erforscht: Heinrich Hoffmann und die Psychiatrie in Frankfurt am Main. Bearbeiter ist Prof. Dr. Helmut Siefert, Heinrich Hoffmann (1809 bis 1894), weltweit als Autor des Kinderbuches „Der Struwwelpeter“ bekannt, gab für die Entwicklung der Psychiatrie des 19. Jahrhunderts in Frankfurt am Main entscheidende Anstöße, v. a. was einen humanen Umgang mit den psychisch Kranken und ihre Versorgung in einer zeitgemäßen Anstalt angeht. Mit Hilfe von Bürgerinitiativen setzte Hoffmann einen Neubau der „Anstalt für Irre und Epileptische“ auf dem „Affensteiner Feld“ durch, der 1864 eröffnet wurde und das alte „Kastenhospital“ aus dem

18. Jahrhundert ablöste. Nach Gründung der Universität im Jahre 1914 war dies die erste „Städtische und Universitätsklinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten“, bevor Ende der 20er Jahre unseres Jahrhunderts in Niederrad in der Heinrich-Hoffmann-Straße das heutige „Zentrum der Psychiatrie“ errichtet wurde. Das Forschungsobjekt strebt die Erfassung und Auswertung des vorhandenen gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials zur Geschichte der Psychiatrie in Frankfurt an. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den Eigentümern des Nachlasses von Heinrich Hoffmann (Prof. Kurt und Else Hessenberg), mit dem Stadtarchiv, dem Zentrum der Psychiatrie, dem Heinrich-Hoffmann-Museum und der Heinrich-Hoffmann-Gesellschaft. Das Forschungsobjekt steht in einem zweifachen übergeordneten Zusammenhang:

1) mit der Entwicklung der psychiatrischen Versorgung in Hessen seit dem 16. Jahrhundert (z. B. 450-jähriges Bestehen der Psychiatrischen Krankenhäuser Haina, Merxhausen, Riedstadt im Jahre 1983);
2) mit der Entwicklung der Medizin in Frankfurt am Main vor und nach Gründung der Universität (Betreuung von Doktoranden durch die Hochschullehrer des Instituts mit Themen v. a. zur Geschichte der Augenheilkunde, Chirurgie, Gynäkologie, Orthopädie und Zahnheilkunde in Frankfurt).

Für das Projekt „Sozialgeschichte der Soziologie und Sozialphilosophie“ werden für 1 Jahr zwei

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

(80 Std./Mon.) ab 1. November gesucht.

Voraussetzungen: Vordiplom oder M. A.

Aufgaben: Literatur und Dokumentationsarbeiten im Bereich der Sozialgeschichte und der Ideengeschichte der Soziologie. Bewerbungen sind zu richten an: Prof. Dr. Ritsert, FB 3, WBE Methodologie.

Die vorläufige Wissenschaftliche Betriebseinheit Institut für Pharmazeutische Biologie sucht ab sofort eine

TECHNISCHE ASSISTENTIN (PTA), (BAT VII)

für drogenanalytische und pharmakobotanische Arbeiten. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Bewerbungen erbeten an: Prof. Dr. G. Schneider, Georg-Voigt-Straße 16, 6000 Frankfurt am Main 11.

In der Abteilung für Dokumentation und Datenverarbeitung des Zentrums der Medizinischen Informatik sind ab sofort Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE OHNE ABSCHLUSS

zu besetzen.

Die Tätigkeit umfaßt vornehmlich Aufgaben im Bereich unserer wissenschaftlichen Bibliothek. Nähere Informationen sind unter der Tel.-Nr. 63 01 - 68 52 oder 66 45 erhältlich.

Bewerbungen sind innerhalb 2 Wochen nach Erscheinen dieses Uni-Reports zu richten an: Prof. Dr. med. W. Giere, Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Med. Informatik, Universitätsklinik, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 71.

Am Zentrum der Morphologie (Dr. Senckenbergische Anatomie) des Klinikums ist eine Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN ANGESTELLTEN (Vergütungsgruppe IIa BAT)

balddmöglichst neu zu besetzen. Forschungsschwerpunkt ist die Neuroanatomie (Architektur, Untersuchungen über die Altersveränderungen des Gehirns, Golgi-EM-Studien).

Anfragen und Bewerbungen erbeten an: Prof. Dr. med. Heiko Braak, Dr. Senckenbergisches Anatomisches Institut, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt/Main - Tel. 0611 - 63 01 69 00.

In der Philosophischen Promotionskommission ist die Stelle einer (s)

ANGESTELLTEN IM SCHREIBDIENST (VII BAT)

zum nächstmöglichen Termin, spätestens zum 1. 1. 1982, zu besetzen.

Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Zu den Tätigkeiten gehören alle in der allgemeinen und wissenschaftlichen Verwaltung anfallenden Schreibarbeiten. Erforderlich sind gute Stenografie- und Schreibmaschinenkenntnisse.

Bewerbungen werden unter Beifügung der üblichen Unterlagen an den Vorsitzenden der Philosophischen Promotionskommission, Bockenheimer Landstraße 140 b, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 798 36 49, erbeten.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist an der Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (BAT VII, halbtags)

zum 1. Dezember 1981 zu besetzen.

Erwartet werden gute Schreibmaschinenkenntnisse und organisatorisches Geschick; der Tätigkeitsbereich umfaßt neben der üblichen Sekretariatsarbeit die Verwaltung einer Handbücherei und die Abwicklung des studentischen Publikumsverkehrs. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an: Prof. Dr. Joachim Zentes, Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Bockenheimer Landstraße 140, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im Institut für Theoretische Physik, Fachbereich 13, ist ab 1. 12. 1981 zunächst für die Dauer von 3 Jahren eine BAT IIa-Stelle für einen/eine

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER/IN

zu besetzen.

Aufgabengebiet: Vorbereitung, Organisation und Betreuung von Theoretika, Mitarbeit an Forschungen in Theoretischer Festkörperphysik zum Problem der stark angeregten Halbleiter sowie Dienstleistungen im Sinne des § 45 des Hessischen Universitätsgesetzes.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der wissenschaftlichen Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation/Habilitation, gegeben (§ 45 HUG).

Einstellungsvoraussetzung: Abgeschlossenes Hochschulstudium mit Hauptfach Theoretische Physik.

Bewerbungen sind bis 1. 11. 1981 an Prof. Dr. H. Haug, Robert-Mayer-Straße 8, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Das Institut für Kernphysik sucht

ARBEITER MIT FÜHRERSCHEIN, KLASSE 3

für Vorbereitungs-, Nachbereitungs- und Pflegearbeiten im Bereich der mechanischen Werkstätten und des Institutsgeländes sowie zur Vertretung des Fahrers (VW-Bus).

Die Eingruppierung erfolgt nach dem Lohngruppenverzeichnis des MTL II.

Bewerbungen erbeten an Institut für Kernphysik der Johann Wolfgang Goethe-Universität, August-Euler-Straße 6 (Rebstockgelände), 6000 Frankfurt/Main 90, Tel. 06 11 / 798 - 42 00 oder 42 44.

Der Botanische Garten, Fachbereich Biologie, sucht einen interessierten

GÄRTNERGEHILFEN

für seine Freilandabteilung (Alpinum).

Das Aufgabengebiet umfaßt vorwiegend die Erledigung von Facharbeiten bei der Betreuung von Pflanzengruppen des Alpinums und der Mittelmeerflora. Erforderlich sind qualifizierte fachliche Fertigkeiten und gute Pflanzenkenntnisse.

Bewerber mit Erfahrung in der Bedienung von Gartenmaschinen werden bevorzugt. Die Einstufung erfolgt nach dem Lohngruppenverzeichnis des MTL II.

Bewerbungen an Botanischer Garten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Fachbereich Biologie, Siesmayerstr. 72, 6000 Frankfurt am Main.

An der Abteilung Pneumologie des Zentrums der Inneren Medizin ist eine Stelle für eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

(80 Monatsstunden) zu besetzen. Vergütung nach den Richtlinien der Universität, Bruttoverdienst z. Z. DM 829,06/Mo.

Es handelt sich um Tätigkeit im Rahmen eines DFG-Forschungsprojektes zur Bestimmung der respiratorischen Impedanz mit Hilfe der Zeitreihenanalyse. Die Finanzierung ist für 2 Jahre gesichert. Es besteht Möglichkeit zur Anfertigung einer Diplom- oder medizinischen Doktorarbeit. Bewerber mit praktischen Kenntnissen in Elektronik und/oder einer Datenverarbeitung werden bevorzugt.

Interessenten wenden sich für weitere Einzelheiten an: Dr. A. Kappos oder Dr. H. Pfeifer, Abteilung Pneumologie, Z. I. M. Klinikum der Universität, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70, Tel. 06 11 / 63 01 - 73 90.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist bei der Professur für betriebliche Finanzwirtschaft ab 1. 2. 1982 für zunächst 3 Jahre die Stelle eines/einer

WISSENSCHAFTLICHEN ANGESTELLTEN (BAT IIa)

zu besetzen. Das vorgesehene Aufgabengebiet umfaßt Dienstleistungen gemäß § 45 HUG, insbesondere Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung von Lehrveranstaltungen, Beratung von Studierenden bei der Anfertigung von Diplom- und Seminararbeiten, Mitarbeit an den laufenden Forschungsprojekten und Verwaltungsaufgaben. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ist Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation, gegeben.

Einstellungsvoraussetzung ist ein qualifiziertes betriebswirt-

schaftliches Diplomexamen mit finanzwirtschaftlichem Schwerpunkt. Englischkenntnisse sind erwünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis 30. 11. 1981 erbeten an Prof. Dr. R. Kolbeck, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt/M.

Wir suchen zum 1. 11. 1981 für unser Spül- und Nährbodenlabor zwei zuverlässige

LABORHILFEN (MTL II), halbtags.

Vorkenntnisse nicht erforderlich, Spülmaschine vorhanden, freundliche Arbeitsatmosphäre. Die Einstufung erfolgt nach dem Lohngruppenverzeichnis zum MTL II.

Bewerbungen an: Institut für Mikrobiologie im Fachbereich Biologie der Universität Frankfurt, Theodor-Stern-Kai 7, Haus 75 A, Telefon: 6301 - 60 20.

Das Institut für Kernphysik sucht zum 1. Januar 1982 eine(n)

PFÖRTER/IN

(MTL II). Neben allgemeinen Pförtnerfähigkeiten gehören auch Personenüberwachung und Wareneingang sowie die Telefonvermittlung zum Arbeitsgebiet. Die Einstellung erfolgt nach dem Lohngruppenverzeichnis zum MTL II.

Bewerbungen sind zu richten an: Institut für Kernphysik, August-Euler-Straße 6, 6000 Frankfurt am Main 90, Telefon: (0611) 798 - 42 44.

Am Institut für Psychologie ist die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT IIa)

für die Dauer von zunächst 3 Jahren zu besetzen. Der/die Stelleninhaber/in muß Diplom-Psychologe sein. Er/sie sollte spezifische Kenntnisse in der Computer-Anwendung haben und in der Lage sein, anspruchsvolle EDV-Aufgaben, z. B. bei der Biosignalerfassung und -verarbeitung, selbstständig durchzuführen. Kenntnisse in höheren Programmiersprachen, insbesondere PASCAL, sind erforderlich. Das Institut verfügt über eine eigene PDP 11/40 mit Anschluss an den Universitäts-Großrechner DEC 10. Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung wird gegeben (§ 45 HUG).

Bewerbungen sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Psychologie.

Im Dekanat des Fachbereichs 21 ist ab 1. 11. 1981 oder später die Stelle einer/eines

VERWALTUNGSANGESTELLTEN (BAT Vc)

wieder zu besetzen. (Besetzung auch mit zwei Halbtagskräften möglich.) Die Eingruppierung richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.

Aufgabengebiet: Selbständige Erledigung von vielfältigen Sekretariats- und Verwaltungsaufgaben.

Bewerbungen werden erbeten an den Dekan des Fachbereichs 21 der J. W. Goethe-Universität Frankfurt, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt, Telefon 798 - 39 27.

Die Planungsgruppe sucht eine(n)

VERWALTUNGSANGESTELLTE(N)

für Ganz- oder Teilzeitbeschäftigung nach Absprache (auch für Studenten geeignet).

Das Aufgabengebiet umfaßt die Durchführung von Sekretariats- und Schreibarbeiten (nach Band bzw. Vorlage) sowie die Mitwirkung an Projektarbeiten der Gruppe bei Erhebungen und Datenauswertungen.

Wir erwarten Kenntnisse und möglichst Erfahrungen im Bereich von Sekretariats- und Verwaltungsarbeiten sowie gute Schreibmaschinenkenntnisse.

Die Stelle ist nach BAT VII ausgewiesen, die Eingruppierung erfolgt nach den Vorschriften des BAT. Bewerbungen werden erbeten bis zum 31. 10. 1981 an den Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Planungsgruppe, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main.

Die Professur „Öffentliche Finanzen“ sucht zum 1. 1. 1982 eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

(mit abgelegter Zwischenprüfung), mit Kenntnissen in FORTRAN oder PASCAL für Programmierarbeiten und sonstige Aufgaben.

Interessenten wenden sich bitte an den Lehrstuhl „Öffentliche Finanzen“ in der Dantestraße 9 im 1. Stock.

75 Jahre Jügelhaus

Wer heutigentags das sogenannte Hauptgebäude der Universität in Augenschein nimmt, gewinnt vom Prunk und von der Pracht des einst als Jügelhaus errichteten Bauwerks nur einen äußerst unvollkommenen Eindruck.

Zu groß waren die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, als daß sich die ursprüngliche Gestalt hätte wiederherstellen lassen. Zu lieblos vollzog sich die Ergänzung der alten Baustanz nach der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs. Zu rücksichtslos war aber auch die Behandlung durch jene Studenten, welche vor Jahren glaubten, mit dem Etikett einer „Karl Marx-Universität“ über dem Haupteingang schon ein gesellschaftspolitisches Credo versprüht zu haben.

Es reichte hochschulintern allenfalls zur Rektoratsbesetzung, bei der man nicht nur kostenträchtigen Glasbruch in Kauf nahm; mit recht unheiligen Mitteln rückte man auch den vermeintlichen Auswüchsen der Ordinarienuiversität zu Leibe: Talaren, Bildern und Medaillen. Am Geschmack der Herrschaft zu kosten, posierten die Eindringlinge seinerzeit im Sessel des Rektors, nicht ohne sich untereinander dafür ein geringes Entgelt abzufordern, für einen guten Zweck, versteht sich.

Bescheiden nehmen sich dagegen die Ende 1976 aufgetragenen Farbleckse an der Vorderfront aus. Sie gelten nicht mehr als Ausgebirten politischer Programmatik, sondern nur noch der spontanen Eingebung, unter deren Verherrlichung die Studentenschaft in ein mittlerweile schon beunruhigendes Phlegma verfiel. Daß man sich zur farblichen Bereicherung ausgerechnet das Hauptgebäude auserkor, mutet angesichts der vielfältigen architektonischen Tristesse rund um den Campus nachgerade befremdlich an; die Oberflächenbehandlung der verfügbaren glatten Flächen beschränkt sich indes nurmehr auf das Anbringen wenig informationsträchtiger Wandspürche, gegen die die Hausverwaltung inzwischen viele Mittelchen weiß.

Als am 21. Oktober 1906 das Jügelhaus als Auditoriengebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften eingeweiht wurde, sollten bis zur Eröffnung der Königlichen Universität Frankfurt am Main noch acht Jahre vergehen. Es bedurfte jedoch nicht erst der Alma mater, diese Stadt mit einer wissenschaftlichen Institution zu schmücken. Ganz im Gegenteil war die Einrichtung einer Universität nur dadurch möglich, daß man auf eine Reihe bereits als Stiftungen vorhandener wissenschaftlicher Einrichtungen zurückgreifen konnte, die — wie es im Stiftungsvertrag vom 28. 9. 1912 heißt — „für Universitätszwecke“ zur Verfügung gestellt wurden.

Die in Frankfurt durchaus traditionelle Pflege vornehmlich der Naturwissenschaften hatte in Johann Christian Senckenberg (1707—1772) ihren Vorreiter. „Zum allgemeinen Wohlsyn hiesiger Einwohner; besonders aber gesamter löblicher Bürgerschaft, in Verbesserung derer Medicorum und des Medicinal-Wesens, wie auch der Versorgung bedürftiger kranker Bürger und Beyassen“ vermachte Senckenberg 1763 sein stattliches Vermögen der protestantischen Frankfurter Ärzteschaft, die daraus auch verschiedene Bauvorhaben bestreiten sollte.

Wenn später im Stiftungsvertrag für die Universität von den „medizinischen und natur-

wissenschaftlichen Anstalten der Dr. Senckenbergischen Stiftung und der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft“ die Rede ist, so ist damit das eindrucksvolle Spektrum der Institutionen gemeint, die man bis dahin dem Geist und dem Geld des Stifters verdankte: das Bürger-Hospital, das Anatomische Institut, das Botanische Institut mit Garten, die Senckenbergische Bibliothek, das Senckenberg-Museum sowie ein chemisches Laboratorium.

Einiges davon war damals schon zum zweiten Mal gebaut worden, nachdem sich das Stiftungsgelände am Eschenheimer Tor als zu beengt erwiesen hatte. Zwischen 1904 und 1907 entstand nicht nur das Jügelhaus, sondern der gesamte Gebäudekomplex mit Senckenbergischer Bibliothek, Museum und Physikalischen Verein.

Zur Gründung einer Universität waren freilich noch weitere Einrichtungen vonnöten, deren Mitwirkung der Stiftungsvertrag ebenfalls regelt: das Neurologische Institut Ludwig Edingers, die Zahnklinik der Stiftung Carolinum, die Institute des Physikalischen Vereins, das Physiologische Institut des Theodor Stern'schen Medizinischen Instituts, das Pharmakologische Institut der Georg und Franziska Speyer'schen Studienstiftung sowie schließlich die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften.

Durch die Errichtung dieser Akademie erfuhr das in Frankfurt bereits vorhandene Bildungs- und Ausbildungsangebot eine wegweisende Ergänzung. Sie bildete später nämlich das Herzstück, an das die übrigen wissenschaftlichen Einrichtungen angegliedert wurden, und nicht umsonst wurde sie von den Unterzeichnern des Stiftungsvertrags 1912 mit den organisatorischen Vorbereitungen für die Universitätsgründung beauftragt.

Hervorgegangen aus einem Vertrag der städtischen Behörden mit dem auf Wilhelm Merton zurückgehenden Institut für Gemeinwohl und unter Mitwirkung der Handelskammer sowie der Polytechnischen Gesellschaft, sollte die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften von Anfang an Hochschulcharakter haben.

Zwei Aufgaben wurden ihr übertragen: zum einen sollte sie Kaufleuten und Gewerbetreibenden in Frankfurt ranghöchste Handelslehranstalt sein und sowohl alles im engeren Sinne Kaufmännische lehren als auch mit gebührendem wissenschaftlichem Ernst in Nationalökonomie und Staatswissenschaft einführen. Ihre zweite Aufgabe galt der Ausbildung von Lehrern der Handelswissenschaften. Diese beiden Zielsetzungen wurden jedoch schon bald ausgeweitet, als man für den Sprachunterricht Philologen berief und einige Jahre später schließlich die Dozenten des Physikalischen Vereins ihre Vorlesungen im Vorlesungsverzeichnis der Akademie ankündigten.

Solche Tendenzen fanden damals in Oberbürgermeister Franz Adickes einen begeisterten Förderer. In seinem Rückblick auf die Vorgeschichte der Universitätsgründung bekennt er nicht nur, daß der „Gedanke der Errichtung einer Universität in Frankfurt immer der leuchtendste aller der Sterne, die mich lockten und meinen Weg erhellten“, gewesen sei; er dokumentiert zugleich, daß er seit seinem Amtsantritt 1891 die Organisation der in Frankfurt ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen zielstrebig in eine Richtung gelenkt hat, an deren Ende zwangsläufig eine Universität stehen mußte.

Hierfür gelang ihm in den Jahren 1903/04 ein entscheidender Vorstoß. Als Vorsitzender der Administration der Carl Christian Jügel-Stiftung setzte er durch, daß von den Stiftungsmitteln ein Jügelhaus „für höhere Unterrichtszwecke“ errichtet werde.

Diese Stiftung ging auf August und Franz Jügel zurück, die zum Gedächtnis ihres 1869 verstorbenen Vaters ihr Vermögen 1870 einer Stiftung vermacht hatten, die nach dem Tode beider in Kraft treten sollte. Dem Geiste Carl Christian Jügels gemäß wurde in der Stiftungssatzung als Zweck „die Errichtung und Unterhaltung einer allgemeinen, öffentlichen akademischen Unterrichtsanstalt für die Gebiete der Geschichte, der Philosophie und der deutschen Sprache sowie der Literatur“ festgelegt. Der Passus, auf den

Adickes seine Überlegungen stützen konnte, lautet: „Der Verwaltung bleibt überlassen, mit anderen hiesigen wissenschaftlichen Anstalten und Vereinigungen behufs Förderung der Stiftungszwecke oder anderer wissenschaftlicher Interessen entsprechende Vereinbarungen zu treffen.“

Wer war nun Carl Christian Jügel? 1783 geboren, kam Jügel 1806 von Berlin, wo er das Buchhändlergewerbe erlernt hatte, nach Frankfurt. Auf einige Jahre unselbständiger Tätigkeit folgte der Eintritt in die Brönnersche Buchhandlung, schließlich die Gründung einer eigenen, der Carl Jügelschen Buch- und Kunsthandlung am Roßmarkt. Bei der Führung dieses Geschäfts bewies er eine so glückliche Hand, daß er Frankfurter Künstlern auch als Mäzen beistehen konnte. Und er, der das

der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften mit dem von August und Franz Jügel beabsichtigten Stiftungszweck. Der Akademie fehlte ein angemessenes Auditoriengebäude, dem zu errichtenden Jügelhaus eine breit angelegte wissenschaftliche Institution und das hinterlassene Vermögen der Jügel-Söhne hätte ausgereicht, einer bewährten und lebensfähigen Einrichtung wie der Akademie großzügige Existenz- und Fortentwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Außerdem hätte durch den Bau dieses Hauses auch die Einführung all jener geisteswissenschaftlichen Disziplinen bewerkstelligt werden können, wie sie in der Stiftungssatzung aufgeführt sind.

Der Vertrag zwischen der Jügelschen Stiftung und der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften über die Errichtung und Nutzung eines Hörsaalgebäudes wurde am 24. Februar 1904 unterzeichnet, und nach etwas mehr als zweijähriger Bauzeit konnte das Jügelhaus am 21. Okto-



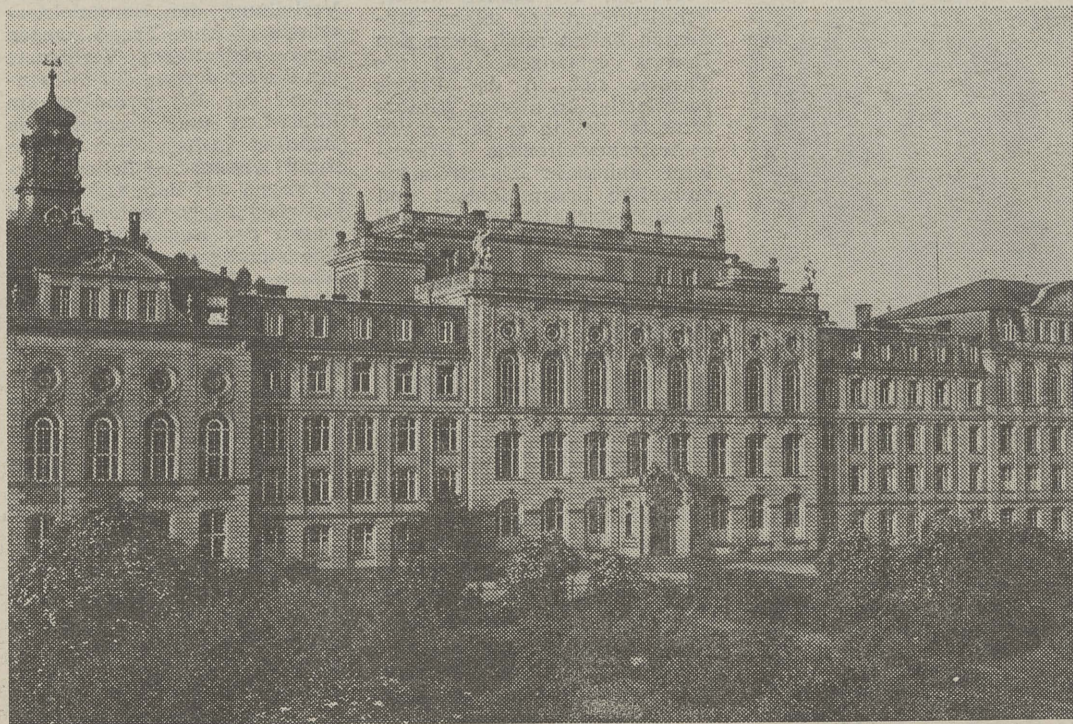
Wandelhalle im Jügelhaus (1928)

Bürgerrecht nur unter der Bedingung erhalten hatte, keine andere als eine Frankfurter Bürgerin zu heiraten, entfaltete als Zugereister einen geradezu vorbildlichen Bürgersinn. Auch er liebäugelte mit der Gründung einer Universität.

Zwar gegen massive Widerstände innerhalb der Stadt, aber durchaus im Sinne Jügels gelang Adickes eine Verbin-

ber 1906 feierlich eingeweiht werden. Dabei huldigte man nicht einer räumlichen Unterbringungsmöglichkeit für wissenschaftliche Betriebseinheiten, sondern einem Tempel des Geistes. In einer Baubeschreibung heißt es: „Als Steinmaterial am Äußeren und Inneren diente der geflammte rote Mainsandstein, der in Verbindung mit den hellen Wandputzflächen und dem dunkelgrauen Ton der Basaltsockel und Schieferdächer dem Bau jene gediegene und doch heitere, für Frankfurt so charakteristische Erscheinung verleiht.“ Und man wurde nicht müde, die dem Architekten Ludwig Neher gelangene Mischung aus Monumentalität und Behaglichkeit zu loben, von der man heute nur noch mit viel wohlwollender Phantasie sprechen könnte.

So gemahnt etwa der Farbanstrich in den früheren Räumen der Abteilung für studentische Angelegenheiten im Erdgeschoß höchstens an die Sünden der Frankfurter U-Bahnhof-Gestalter der ersten Stunde. Das grelle Orange der Wände sorgt mehr für ein süß-säuerliches Geborgenheitsgefühl als für Behaglichkeit. Ob dies dem Wunsch Adickes' Abbruch tut, wäre noch zu beweisen: „Mögen denn Ströme von Geist und Leben aus diesen Hallen hervorquellen, Geist und Leben weckend in dieser Stadt und weit darüber hinaus!“ Manchen hat diese Flut schon unsanft aus dem Schlaf gerissen. JP



Aufnahme vom Jügelhaus aus dem Jahr 1928

Richard Herzog †

Am 23. Juni 1981 starb Professor Dr. Richard Herzog im Alter von 75 Jahren. Richard Herzog ist am 15. Februar 1906 in Straßburg im Elsaß als Sohn eines Eisenbahnsekretärs geboren worden, begann dort zunächst seine Schulbildung und zog mit den Eltern nach dem Ende des ersten Weltkrieges nach Aschaffenburg, das zur Wahlheimat der Familie wurde. Hier führte er die begonnene Schulbildung zu Ende und erwarb 1926 das Maturitätszeugnis.

Das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, sein weiterer wissenschaftlicher Werdegang und sein Wirken als Hochschullehrer und Forscher haben ihn dann von Anfang an mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main verbunden. Zunächst waren es wirtschaftliche Gründe, die dem jungen Studenten nur das Studium an der nahegelegenen alma mater erlaubten. Nach einer Unterbrechung, die von der Notwendigkeit zur Finanzierung des Studiums durch eine Berufstätigkeit erzwungen wurde, legte er 1933 an der damaligen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät das Examen als Diplom-Volkswirt ab. Danach waren es seine akademischen Lehrer, die den angehenden Wissenschaftler zu einem Verbleib an der Frankfurter Universität veranlaßten. Erst war er außerplanmäßiger Assistent bei Paul Arndt und nach der Promotion im Jahre 1935 wurde er planmäßiger Assistent bei dem bekannten Nationalökonom und bedeutenden Finanzwissenschaftler Wilhelm Gerloff.

Im Jahre 1940 erfolgte die Habilitation an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Die gerade aufgenommene Lehrtätigkeit wurde alsbald durch die Einberufung zur Kriegsmarine unterbrochen. Wie tief er damals von den obwaltenden politischen Verhältnissen betroffen war, dokumentiert ein erhaltener umfangreicher persönlicher Briefwechsel zwischen dem Gefreiten Richard Herzog und dem seinerzeitigen Dekan der Fakultät Reinhold Henzler. Nach einer Verwundung und der Rückkehr in die Heimat hat er ab Wintersemester 1945/46 mit großer Hingabe beim Wiederaufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät unserer Universität mitgewirkt. Insbesondere hat er sich — anfangs kommissarisch — als geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften um die neue Gestaltung der Bibliothek und des mit ihr vereinten Sozialwissenschaftlichen Archivs der Fakultät verdient gemacht. Dank seiner unermüdeten Tatkraft konnte die Bibliothek in der Nachkriegszeit schon bald auf einen bemerkenswerten Stand gebracht werden. Im Jahre 1949 wurde Richard Herzog auf Beschluß der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät vom Hessischen Minister für Kultus und Unterricht in Anerkennung seiner Leistungen als Lehrer und Forscher der Titel eines außerplanmäßigen Professors verliehen und 1954 erfolgte seine Ernennung zum Wissenschaftlichen Rat.

Über drei Jahrzehnte bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1971 vertrat Richard Herzog in Vorlesungen und Seminaren entsprechend seiner vieldeligen Gebiete der Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft und hat mitgeholfen, eine Generation von Studenten auszubilden. Nach

persönlicher Neigung und auf Wunsch der Fakultät widmete er sich auch der Lehre in speziellen Fachgebieten wie der Agrarpolitik sowie Geld, Kredit und Währung. Für seine Schüler, die heute in der Wissenschaft, in Wirtschaft und Politik stehen, waren die Kolloquien zu Themen seines Interesses z. B. zur Wirtschaftstheorie, ein besonderer Gewinn. Unter Kennern der universitären Szene galten sie gar als Geheimtip. Vielen Studenten ist er in diesen drei Jahrzehnten aber nicht nur aus seiner Lehrtätigkeit sondern auch als der volkswirtschaftliche Fachvertreter bei der Studentenförderung nach dem „Honnefer Modell“ — dem Vorläufer der BAFÖG-Förderung — bekannt geworden. Er ist ihnen als verständnisvoller und gerechter Prüfer und Gutachter in lebendiger Erinnerung.

Mehrfach hat er auswärtige Lehrstuhlvertretungen angenommen. Einige Jahre hat er neben seiner Lehrtätigkeit an der Universität an der Frankfurter Akademie für Welthandels- und Außenhandelslehre und Außenhandelspolitik in einer praxisnahen Ausbildung für angehende Außenhandelskaufleute vertreten.

Das wissenschaftliche Werk von Richard Herzog ist nicht

durch publizistische Quantität ausgezeichnet. Er hat mit den wissenschaftlichen Problemen gerungen, und er hat wieder und wieder abgewagt, ehe er seine Antwort auf eine Fragestellung dokumentierte. Die Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit lagen im Bereich der Finanzwissenschaft, der Außenwirtschaft sowie Geld, Kredit und Währung. Darüber liegen Veröffentlichungen vor, eine Monographie, ein Lehrbuch und Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften verliert einen Gelehrten, einen aufrichtigen Menschen mit hohem moralischem Anspruch an sich selbst und an seine Umwelt. Seine Kollegen und Schüler werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Fritz Abb**

Funkkolleg

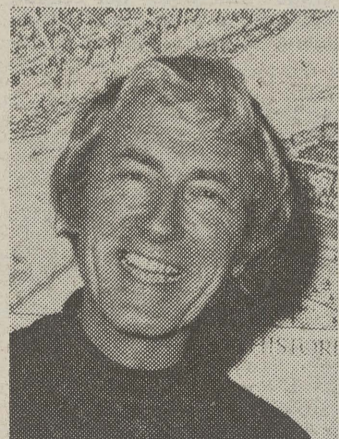
Am 12. Oktober 1981 begann das neue Funkkolleg „Mensch und Umwelt“. Anmeldungen hierzu werden von Studenten und Angehörigen der Universität ausnahmsweise noch bis Ende Oktober entgegengenommen.

Informationsbroschüren mit Anmeldekarten sowie weitere Auskünfte sind bis dahin erhältlich im Didaktischen Zentrum, Arbeitsbereich Fernstudium und Weiterbildung, Turm, Senckenberganlage 15, 2. Stock, Raum 239; Telefon 798-3809 oder 798-3613

Emanuel Röhl †

Prof. Emanuel Röhl ist tot. Er liebte die Berge, besonders die Dolomiten. Dort ist er am 17. 9. 1981 im Alter von 55 Jahren Opfer eines Steinschlags geworden. Mit ihm verliert der Fachbereich Mathematik der Johann Wolfgang Goethe-Universität einen der aktivsten Didaktiker der Bundesrepublik.

Emanuel Röhl studierte in München Mathematik und Physik. Nach kurzer Assessorzeit ging er an den Oldenbourg-Verlag, München. Von 1958 bis 1968 war er Leiter der Redaktion Mathematik/Physik im Klett-Verlag, Stuttgart. Dort entwickelte er eine rege organisatorische und didaktische Tätigkeit und nahm star-



ken Einfluß auf die Gestaltung eines der erfolgreichsten Mathematiklehrbücher für Gymnasien.

1968 wurde er Professor an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, wo er sich stark für die Belange der Grundschule eingesetzt hat. Im gleichen Jahr übernahm er die Herausgabe der Zeitschrift „Der Mathematikunterricht“.

In dieser Eigenschaft hat er einen nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung des Mathematikunterrichts gehabt.

1976 kam er als Professor für Didaktik der Mathematik an die Universität Frankfurt. Hier hat er bleibende Verdienste erworben beim Aufbau des Instituts für Didaktik der Mathematik. Die meisten seiner Pläne in Frankfurt sind unvollendet geblieben. Er fühlte sich behindert von dem in Hessen ganz besonders stark fehlenden Einfluß auf die zweite Phase der Lehrerbildung, auf das Referendariat, und damit auf die Schule überhaupt. Er war der festen Überzeugung, daß die Fachdidaktik sich auch vor der Praxis verantworten sollte. Daher kämpfte er leidenschaftlich für die Verankerung des semesterbegleitenden Praktikums in der neuen Praktikumsordnung. Es gibt dem Professor die Gelegenheit, mit seinen Studenten Unterrichtsstunden zu entwerfen und zu halten. Der Professor, der immer wieder Schulstunden vor seinen Studenten halten muß, kann den Beweis erbringen, daß die Theorie sich in der Praxis rechtfertigt. In diesem Wintersemester wollte er sein erstes semesterbegleitendes Praktikum abhalten. Durch seine einmalige Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft hat er sich einen großen Freundeskreis erworben. Aber auch seine engsten Freunde können die Breite seines Schaffens nicht überblicken. Er ist seit Jahrzehnten aktives Mitglied des Deutschen Instituts für Normung, er ist im Beirat vieler Zeitschriften, Mitarbeiter von Lehrbüchern und Studienbriefen.

Er hat keine Tagung ausgelassen auf der ständigen Suche nach guten Autoren mit neuen Ideen für seine Zeitschrift. Er hinterläßt viele unvollendete Arbeiten und eine große Trauergemeinde. Unser besonderes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen fünf Kindern.

Arthur Engel

Hans Achinger †

Am 6. 7. 1981 ist Hans Achinger, Professor emeritus der Johann Wolfgang Goethe-Universität, nach längerer Krankheit verstorben. Er war einer der Begründer der deutschen Sozialpolitik der Nachkriegszeit. In Kommissionen und Beiräten für die Bundesregierung war er für eine Reihe von Gutachten, welche die Grundlage für das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik bilden, mitverantwortlich. In öffentlichen und privatwirtschaftlichen Gremien und in zahlreichen wissenschaftlichen Schriften setzte er sich für soziale Hilfe ein. Dabei ging es ihm nicht nur darum, das Recht der Schwachen auf den Schutz der Gesellschaft überhaupt zu formulieren, sondern auch „diesem Recht eine Form zu geben, die den totalen sozialen Untertanen vermeidet“.

Hans Achinger, als Sohn des Mittelschullehrers Carl Achinger am 5. Oktober 1899 in Elberfeld geboren, konnte sein Studium erst 1919 nach Heeresdienst und Gefangenschaft beginnen; er beendete es 1923 in Frankfurt mit einer Promotion bei den Professoren Oppenheimer und Gerloff über „Die Volksreichumslehre des Adam Smith und die ökonomische Theorie“. 1925 wurde er Geschäftsführer der Zentrale für Private Fürsorge in Frankfurt am Main bis zur Auflösung dieses Instituts auf Befehl der Gauleitung der NSDAP im Jahre 1937; er wurde dann Geschäftsführer der Rhein-Mainischen Wirtschaftszeitung bei der Industrie- und Handelskammer und war nach dem Krieg zunächst als sozialpolitischer Mitarbeiter bei der Wirtschaftszeitung Stuttgart tätig. Er hatte sich 1938 mit einer Schrift über „Sozialversicherung und Fürsorge — ein Abgrenzungsversuch“ bei Prof. Klumker in Frankfurt am

Ehrenpromotion für Anna Freud

Der Fachbereich Psychologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und die Gemeinsame Promotionskommission haben beschlossen, Frau Anna Freud die Würde eines Doktors der Philosophie ehrenhalber zu verleihen.

Wie es im Text der Promotionsurkunde heißt, erfolgt die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Anna Freud „wegen ihrer vielseitigen Verdienste um die Förderung der Wissenschaft der Psychoanalyse im klinischen und theoretischen Bereich, insbesondere wegen ihrer wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der Entwicklungspsychologie und wegen der Begründung einer eigenständigen psychoanalytischen Kinderpsychotherapie einschließlich der Anwendung ihrer Erkenntnisse auf die Erziehung, Schulpädagogik und Kinderheilkunde.“

Die Übergabe der Ehrenpromotionsurkunde soll am 2. 11. 1981 in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London durch das Dekanskollegium Prof. Helfried Moosbrugger und Professor Siegfried Preiser erfolgen. Die Laudatio wird Professor Hermann Argelander vom Institut für Psychoanalyse der Universität Frankfurt am Main halten.

Zu Beginn des Jahres 1982 ist an der Universität Frankfurt am Main eine akademische Feierstunde aus Anlaß der Ehrenpromotion vorgesehen.

Main habilitiert und war 1940 zum Dozenten ernannt worden. Seine Bemühungen, in jener schwierigen Zeit seinen in christlicher Ethik wurzelnden sozialpolitischen Vorstellungen treu zu bleiben, sind vielfach bezeugt.

Nach seiner Rückkehr an die Frankfurter Universität erlangte er durch eine Stiftung Richard Mertons einen persönlichen Lehrstuhl, der 1959 durch das Land Hessen in ein Ordinariat für Sozialpolitik, insbesondere soziale Hilfspolitik umgewandelt wurde. Seine Vorlesungen fanden bei den Studenten Anklang über die Fakultät hinaus. †

Aufbauend auf Oppenheimer begründete er die in Frankfurt besonders gepflegte verteilungspolitische Richtung der Sozialpolitik, wobei unter „Verteilung“ durchaus die Einkommensverteilung verstanden werden sollte, aber auch das, was man als Verteilung der Lebenslagen versteht. Damit schlug er die Brücke einerseits zur Wirtschaftstheorie, andererseits zur Soziologie. Hans Achinger war Mitglied des Beirats für die Neuordnung der sozialen Leistungen beim Bundesarbeitsministerium und des Arbeitsausschusses für Grundsatzfragen des gleichen Ministeriums. Er war 1955 einer der Verfasser der Denkschrift über die Neuordnung der sozialen Leistungen, die auf Anregung des Bundeskanzlers erstattet wurde; auf ihr baut die Konzeption der Rentenversicherung heute noch weitgehend auf. Mit Walter Bogs, Helmut Meinhold, Ludwig Neundörfer und Wilfried Schreiber arbeitete er in der Sozialenquete-Kommission „Soziale Sicherheit“, die 1964 eingesetzt wurde. 1972 wurde ihm das Große Verdienstkreuz verliehen.

So wie es Hans Achinger verstand, in seiner eigenen Arbeit Wirtschaftspraxis und Theorie, sozialpolitisches Engagement und konkrete Realisation zu verbinden, sind auch seine wissenschaftlichen Schriften vom Bemühen geprägt, von genauen Daten über die soziale Lage und klaren Hilfsmaßnahmen auszugehen; doch ohne diese Daten für vollständige Beschreibungen der individuell differenzierten Lage der sozial Schwachen zu sehen, und ohne die Geldleistung schon für den Vollzug der Abhilfe zu halten. Er wies schon früh darauf hin, daß bloßes Statistikk- und Gelddenken nirgends fragwürdiger wird als im Bereich der immer zunehmenden sozialen und medizinischen Aufgaben für die langfristig Leidenden und die psychisch Kranken. Immer stand so für ihn, den durch Verbindung von Tatkraft und größte Bescheidenheit charakterisierten Mann, der Mensch im Vordergrund. Auch die Ordnung suchte er nicht um ihrer selbst willen, sondern als Lebensbedingung für den Menschen.

Achingers Mißtrauen gegenüber einem sozialrechtlichen Positivismus und seine Einsicht in die Grenzen der Verteilungspolitik führten das sozialpolitische Interesse auf die schwachen Punkte der Gesellschaftsordnung und auf den Gegensatz von ökonomischer Theorie mit ihrem verkürzten Menschenbild und der lebendigen Wirklichkeit zurück. Als jahrelanger „Mitarbeiter und Mitleidender“ der Sozialenquete-Kommission habe er den „Unterschied von Fakten und Politik wie eine ständige Krankheit miterlebt“.

Bertram Schefold

Heinz Saueremann †

Am 27. Mai ist Heinz Saueremann, emeritierter Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, im Alter von 76 Jahren gestorben. Seine Urne wurde am 20. August auf dem Bergfriedhof des Dorfes Arano/Malcantone beigesetzt, wo er das letzte Lebensjahrzehnt verbracht hat.

Die Zahl jener, die diesen Nachruf lesen und Heinz Saueremann noch gekannt haben, mag vielleicht nicht mehr groß sein. Dennoch war er ein Vierteljahrhundert lang nicht nur eine markante Gestalt im damaligen Kollegium Frankfurter Professoren, sondern auch Tausenden von Studenten sowohl aus dem Hörsaal wie durch sein zweibändiges Lehrbuch „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ vertraut. Wirtschaftstheorie studierte man in Frankfurt vorwiegend bei ihm; da man sich noch seine Lehrer wählte.

Es ist schwierig geworden, der heutigen Studentengeneration die alte Universität zu schildern, die beinahe schon wie eine versunkene Kultur auf künftige archäologische Ausgräber wartet. Jene Universität unterschied sich von der heutigen u. a. durch bedeutende Lehrer und ein nicht selten anzutreffendes, auf gegenseitiger Neigung und Anerkennung beruhendes Lehrer-Schüler-Verhältnis. Heinz Saueremann war ein faszinierender Lehrer, der junge Menschen durch die Vielseitigkeit seiner Bildung, durch seine Intellektualität, aber auch durch seinen Anspruch und durch die Vorliebe für vorurteilslose gedankliche Experimente anzog. Seine Seminare, in die man erst nach Prüfung oder durch entsprechende Leistungen gelangen konnte, galten als eine Art schneller Brüter für junge Begabungen. Wer sich ihm verschrieb, hatte keinen leichten Lehrer, keinen bequemen Weg gewählt. Aber Schüler oder auch nur Seminarist bei ihm zu sein, galt als Auszeichnung. Ein gutes Dutzend dieser Schüler sind als Professoren an deutschen und ausländischen Universitäten tätig und damit lebende Zeugen jenes Entdecker- und Anregertalents, zumal sie verschiedenartige Disziplinen wie Ökonometrie, Statistik, experimentelle Wirtschaftsforschung, Finanzwissenschaft, Wirtschaftspolitik und natürlich Volkswirtschaftslehre in Mikro- und Makroökonomie betreiben.

Vielseitigkeit entsprach dem Ideal des Professors der klassischen Universität, aber sie gehörte zugleich zum Naturell von Heinz Saueremann. So hatte er zunächst ein Studium der Musik an der Universität Freiburg/Breisgau begonnen, wandte sich aber bald der Soziologie und der Nationalökonomie zu und promovierte 1927 an der Universität Wien, die ihn 1977 anlässlich seines 50jährigen Doktorjubiläums ehrte. Danach hat er an der Sorbonne und später an der Berliner Universität seine soziologische Ausbildung vervollständigt, wo er Assistent am damaligen, von seinem Berliner Lehrer Karl Dunkmann geleiteten Institut für angewandte Soziologie wurde. In jenen Jahren entstand das von dem Autorentriumvirat Dunkmann-Lehmann-Saueremann verfaßte „Lehrbuch der Soziologie“ (Berlin 1931). Nach dem Tode Dunkmanns übernahm Saueremann kommissarisch die Leitung des Instituts bis zu der 1935 angeordneten Schließung, nachdem die Soziologie als unliebsame Disziplin abgeschafft wurde. Saueremann wandte sich erst danach endgültig der Natio-

nalökonomie zu und wurde 1938 nach seiner Habilitation als junger Privatdozent an die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. beordert. Obwohl durch keinerlei politische Mitgliedschaft geschützt, konnte er als Dozent die Kriegsjahre überstehen. Erst 1946, mit der Wiedereröffnung der Frankfurter Universität, erfolgte die Berufung als Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften. Als einer der wenigen deutschen Sachverständigen zog ihn die amerikanische Militärregierung zur Vorbereitung der Arbeiten für die Währungsreform heran. Zugleich arbeitete er in einer deutschen Expertengruppe an dem von den Alliierten nicht verwirklichten „Homburger Plan“ für eine Währungsreform mit gleichzeitigem finanziellem Ausgleich der Kriegslasten. Schon 1949/50 konnte er ein Jahr als Gastprofessor in die USA gehen; gewissermaßen ein Ausgleich für die entsagungsvollen Aufbaujahre, in denen er mehrmals als Dekan und Leiter des Prüfungsamtes ein Übermaß an Verwaltungssarbeit neben seinem Lehr- und Prüfungspensum zu leisten gehabt hatte.

Trotz ausgeprägter Neigung zu abstrakter Theorie und besonderer Vorliebe für theoretische Neu- und Kühnheiten — er war einer der früheren Keynesianer, er griff bei der ersten Berührung die Spieltheorie, später die Theorie der Anpassungsanpassung auf — drängte es ihn doch immer wieder zur Nutzbarmachung und wirtschaftspolitischen Anwendung von Theorie. So gehörte er von Anfang an dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft an, dessen Vorsitzender er bei der Gründung und in späteren Jahren erneut gewesen ist und dessen Gutachten, besonders in den fünfziger und sechziger Jahren, mit von ihm formuliert worden sind. Zugleich konnte er der theoretischen Entwicklung nahe bleiben, besonders durch die gemeinsam mit dem Juristen Franz Böhm ausgeübte Herausgeberschaft über die „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, die älteste deutsche wirtschaftswissenschaftliche Zeitschrift, die er wenige Jahre vor seinem Tode seinem Schüler Rudolf Richter überantwortet hat. Das weitreichende, intellektuelle Interesse und hoher wissenschaftlicher Anspruch hatten Heinz Saueremann auch die langjährige Mitgliedschaft in der Wissenschaftlichen Gesellschaft eingetragen, deren Vorträge er über viele Jahre regelmäßig besucht hat. Und bis zuletzt blieb er als Nestor der empirischen Wirtschaftsforschung diesem jungen Zweig theoretisch-empirischer Forschung als beständiger Anreger und Förderer verbunden. Seine wissenschaftlichen Verdienste sind wenige Wochen vor seinem Tode mit der Verleihung des doctor honoris causa der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gewürdigt worden.

Die Ansprüche, die Saueremann an sich und andere stellte, konnten ihm nicht nur Freunde zuführen und ihn als Lehrer nicht bei jedermann beliebt machen. Nie konnte man sich z. B. darauf verlassen, daß ein zwei oder drei Jahre altes Vorlesungsmanuscript noch unverändert galt. Allzu Einfaches war ihm ebenso suspekt wie allzu Einseitiges. Eine seiner geläufigen Einkleidungen, wenn er im Vortrag einen Gedanken durch übermäßige Vereinfachung verdeutlichen

wollte, lautete: „... oder extrem und damit falsch...“ Da es ihm nicht lag, mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten, trat er mit Mut und Entschiedenheit für die Bewahrung wissenschaftlicher Standards und gegen die einsetzende Politisierung der Universität ein. So konnte es nicht ausbleiben, daß er eines der ersten Opfer der chaotischen Exzesse gegen Ende der sechziger Jahre wurde. Das Saueremannsche Seminar wurde z. B. zuerst „besetzt“; kurz vor seiner Emeritierung. Es gehört zu den beschämenden Kapiteln der zeitgenössischen Universitätsgeschichte, daß er, wie einige seiner Kollegen, nach mehreren Jahrzehnten bedeutender, aufopferungsvoller Tätigkeit ohne jede Verabschiedung, ohne Anerkennung, ohne Händedruck aus den Diensten der Universität schied (nur der Kreis seiner Schüler lud zu einem privaten Abschied ein). Um so bedeutsamer wurde ihm die Bindung mit den wenigen, die zu ihm gehalten haben, vor allem aus dem Kreise seiner Schüler. Für sie wird er zeit ihres Lebens lebendig bleiben.

Karl Häuser

Zur Erinnerung an Hermann Heller

Spätestens vis-à-vis von Hausbesetzungen und „Startbahn West“ wird klar, daß der Streit um Rechts- und/oder Sozialstaat nicht nur ein Thema für Staatsrechtslehrer-Tagungen ist. Den einst in Frankfurt lehrenden Hermann Heller ehrt man, indem man ihn derart „politisiert“ diskutiert.

Wer war dieser Jurist, der 1929 in der Schrift „Rechtsstaat oder Diktatur?“ erstmals das Konzept des „sozialen Rechtsstaats“ formulierte, das in unserer Grundgesetz via Artikel 28 Eingang fand? — Franz Neumann versuchte den am 17. Juli 1891 im damals habsburgischen Teschen Geborenen eingedenk dreier Ur-Erfahrungen zu begreifen: Aufgewachsen im Lande staatlicher und nationaler Desintegration habe ihn das „Erlebnis Österreich“ zur Forderung der staatlichen Einheit geführt. Sodann habe sein „Kriegserlebnis“ diese Tendenz verstärkt und ihn „in Verbindung mit seinem Judentum“ die Idee der Nation in den Vordergrund stellen lassen.

Gegen Angriffe von links und rechts versuchte er die Weimarer Republik zu verteidigen, da sie die friedliche Austragung politischer Gegensätze ermögliche und weil das erreichte Stadium der Vergesellschaftung staatlich-rechtliche Vermittlung bedinge.

Der Sozialdemokrat Heller, einer der wenigen Verteidiger der (demokratischen) Legalität, konnte erst Ende 1928 bei den Berliner Juristen eine außerordentliche Professur erlangen; im März 1932 endlich wurde er in Frankfurt ordentlicher Professor, nicht zuletzt aufgrund der Intervention des Arbeitsrechtlers Sinzheimer. Ein Jahr später emigrierte Heller; wenig später erlag er am 5. 11. 1933 einem Herzanfall.

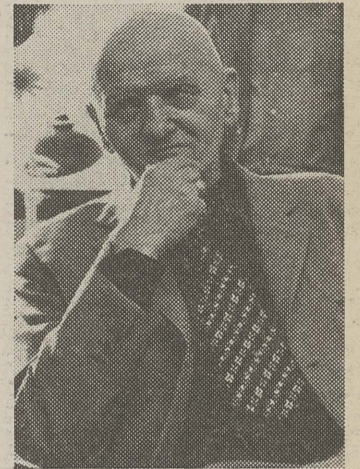
In der posthum veröffentlichten „Staatslehre“ findet man merkwürdige Positionen: verspottet werden die „demoliberalen Fiktion“ einer öffentlichen Meinung und die Frontstellung Individuum contra Staat, die das Eingebundensein der Individuen in staatlich regulierbare gesellschaftliche Vermachtung nicht berücksichtigt; da wird Carl Schmitt

Bruno Liebrucks 70

Am 12. 10. 81 feierte Prof. Dr. Bruno Liebrucks, emeritierter Professor für Philosophie, seinen 70. Geburtstag.

Bruno Liebrucks gehört zu den namhaftesten Vertretern der deutschen Gegenwartphilosophie. Sein Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet der Sprachphilosophie. Er versteht Sprachphilosophie jedoch nicht — wie etwa im angelsächsischen Raum üblich — als Theorie der grammatischen und semantischen Struktur nationaler Sprachen oder einer Grundstruktur des sprachlichen Ausdrucks überhaupt. Er versteht sie vielmehr als philosophische Theorie einer geschichtlich gegliederten metaphysischen Weltdeutung. Liebrucks geht von dem Grundgedanken aus, daß jeder menschliche Zugang zur Welt — ob als Zugang zur Natur, zur Geschichte oder zur Gesellschaft — stets ein sprachlicher Zugang ist. Die Sprachauffassung von Liebrucks hat ihre Wurzeln in der Sprachphilosophie Wilhelm von Humboldts

und in der dialektischen Welt- und Geschichtsauffassung G. W. F. Hegels. Das bedeutendste Werk von B. Liebrucks, die 6 Bände „Sprache und Bewußtsein“, ist hauptsächlich in



der Auseinandersetzung mit diesen Denkern entstanden. Bruno Liebrucks wurde 1911 in Budapönen / Ostpreußen geboren. Er studierte und promovierte in Königsberg. 1943 wurde er unter Mitwirkung N. Hartmanns an der Humboldt-Universität Berlin habilitiert. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft ging er 1946 als Privatdozent nach Göttingen. 1950 wurde er apl. Professor an der Universität Köln, 1959 nahm er den Ruf auf einen Lehrstuhl für Philosophie an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt an. Seitdem lehrte Prof. Liebrucks mit großem Erfolg an unserer Universität.

Er ließ sich 1977 von seinen Lehrverpflichtungen entbinden. Die Zahl seiner Schüler ist beträchtlich. Einige von ihnen führen als Professoren der Philosophie seine Grundgedanken weiter aus, so daß man durchaus von einer eigenständigen Schule dialektischer Sprachphilosophie gemäß dem Liebruckschen Ansatz sprechen kann.

Der Fachbereich Philosophie besaß in Prof. Liebrucks während der Zeit seiner aktiven Mitgliedschaft immer einen geschätzten kooperativen Kollegen. Daß eine pluralistische, allein an Qualitätskriterien ausgerichtete Berufungspolitik auch in Zeiten möglich war, in denen Universitätsfächer wie die Philosophie intern und extern ideologischen Drücken und Zwängen ausgesetzt waren, ist dem fachbereichspolitischen Engagement von B. Liebrucks mitzuverdanken. Als Dekan wünsche ich Prof. Liebrucks namens aller Mitglieder des Fachbereichs noch viele Jahre fruchtbarer philosophischer Arbeit.

Werner Becker

Sprachlabor

Allen interessierten Studenten und Mitarbeitern der Universität steht das Sprachlabor im Didaktischen Zentrum an folgenden Terminen zur freien Verfügung:

montags 14 — 18 Uhr
mittwochs 14 — 19 Uhr
freitags 9 — 12 Uhr.

Die Benutzung ist sowohl Anfängern als auch Fortgeschrittenen möglich. Sprachlehrprogramme sind vorhanden für: Arabisch, Chinesisch, Dänisch, Deutsch für Ausländer, Englisch, Französisch, (Neu)Griechisch, Hausa, modern. Hebräisch, Italienisch, Japanisch, Niederländisch, Norwegisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Schwedisch, Serbokroatisch, Spanisch, Suaheli, Türkisch, Ungarisch und Vietnamesisch.

Günter Platzdasch

Außerdem Darstellung der Universität

Der Präsident im Konvent hat dazu eingeladen, seine Vorstellung von Öffentlichkeitsarbeit im Uni-Report zu debattieren; wir machen davon Gebrauch, weil er sich in den Gremien dieser Debatte entzieht. Er selbst hat dazu am 24. Juni dieses Jahres einen Artikel veröffentlicht, und zwar aus Anlaß der Kontroverse um einen seiner Vorträge, den er auf einer Veranstaltung des „Bundes Junger Unternehmer“ am 14. Mai gehalten hat. Im allgemeinen Einleitungsteil des Artikels thematisiert er nach den heimatlichen Aspekte, unter denen die Universität der Öffentlichkeit präsentiert werden sollte:

„Ich meine, daß vor allem die Leistungen in Lehre und Forschung darzulegen sind... Die Tatsache, daß die Universität Disputation bei zugleich geübter Toleranz gegenüber Andersdenkenden war und meistens ist, verdient erwähnt zu werden. Ebenso kann die Bedeutung der Universität als internationale Begegnungsstätte von Wissenschaftlern nicht übergangen werden. Unsere wissenschaftlichen Dienstleistungen, vor allem im Bereich der hochspezialisierten Medizin, sollten unterstrichen werden... Nicht zuletzt sollte man darauf hinweisen, daß neben der fachwissenschaftlichen Ausbildung auch die Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung von Wertmaßstäben an eine kritische und zum Teil verunsicherte junge Generation heute mehr denn je zu den Aufgaben der Universität gehört...“

Diese und weitere programmatische Erwägungen dienen, wie gesagt, der weitläufigen Einführung, bevor der Präsident zur Sache kommt und sich gegen die Kritiker seines „BJU“-Vortrags zur Wehr setzt. — Von dem Vortrag existiert indessen keine autorisierte Fassung. Es gibt lediglich von zwei Pressevertretern, die über die Veranstaltung berichtet haben, die Mitschrift einzelner Sätze, von denen der Präsident aber bestreitet, daß er sie so geäußert habe. Es seien, so erklärt er in seinem Artikel, „sinnentstellende Redepassagen“, „aus dem Zusammenhang (des Vortrags) gerissen“, falsch und böswillig montierte Zitate, „falsch ergänzt“ und aus „Gehässigkeit... gegen den Redner, das heißt gegen mich, vorgebracht“. Nun hätte es nahegelegen, den Kritikern einfach den „richtigen“ Vortrag zu präsentieren und ihnen dadurch den Mund zu stopfen; und eben dies forderten im Senat die Dekane dreier Fachbereiche. Dazu aber ließ sich der Präsident nicht bewegen. Er beschränkte sich darauf, das eine und andere der ihm unterschiedenen „Zitate“ richtigzustellen (zum Beispiel daß er nicht von dem „berühmten“, sondern dem „berühmten und bei einigen auch berühmten“ Institut für Sozialforschung gesprochen habe), äußerte keinen Einwand, als die drei Dekane im Senat per Geschäftsordnungsmandat an weiteren Ordnungshandlungen, und entschied sich im übrigen dafür, seinerseits die Kritiker und Frager anzugreifen. Aus der folgenden, im Wortlaut zitierten, Passage seines Artikels spricht eine Selbst- und Amtsprüfung, die mit der Verantwortung der Universität als Merkmal zugeschriebenen „Toleranz gegen Andersdenkende“ unvereinbar ist.

„Daß eine große überregional-unparteiische Frankfurter Zeitung derartige sinnentstellende Redepassagen druckt, fällt unter die Pressefreiheit oder besser gesagt gehört zur Risikofreudigkeit dieser Zeitung, nämlich Reporter solcher Berufsart anzustellen, die gleichzeitig einen in der Frage „Universität und Öffentlichkeit“ destruktiv arbeitenden ASTA bedienen. Wenn jedoch aus gleichem Anlaß drei Dekane unserer Universität den Präsidenten in unterschiedlich scharfer Form weniger zur Stellungnahme als vielmehr zum Verhör auffordern und für ein solches Verhör die entstellenden Veröffentlichungen einer Zeitung (man sollte wohl sagen eines befangenen Reporters) und vor allem eines ASTA-Informationsblattes als richtig unterstellen wollen, muß sich nicht nur der Präsident, sondern müßten sich auch viele Mitglieder dieser Universität fragen, ob hier Selbstdarstellung in dem von mir dargelegten Sinne verstanden oder überhaupt gewollt wird.“

Daß eine dritte Möglichkeit besteht, nämlich das im ersten Teil des Artikels zum Zweck der Rechtfertigung dargelegte Konzept einer Öffentlichkeitsarbeit (einschließlich der Auswahl der Adressaten) zu kritisieren, kann sich der Präsident offenbar nicht vorstellen. Er identifiziert seine Vortragstätigkeit mit dem gemeinsamen Anliegen aller wohlmeinenden „Mitglieder dieser Universität“ und wehrt Kritik daran als Angriff auf seine Person ab. Wer seiner Behandlung des Themas „Universität und Öffentlichkeit“ nicht zustimmt, soll sich eben dadurch als „destruktiv“, als Saboteur der guten Sache erweisen. Der Präsident beschränkt sich aber keineswegs auf diese Art moralischer Verdächtigung seiner politischen Kontrahenten, er läßt bei jeder Gelegenheit regelmäßig sein „ceterum censeo“ anklingen, wie lange man denn noch zusehen wolle (und ob „wir [nicht] leider schon zu sehr daran gewöhnt“ haben), daß solche Leute für sich institutionelle Mittel und allgemeine Rechtsgrundsätze, wie den der „Pressefreiheit“, in Anspruch nehmen.

Mit dieser Haltung, dieser Verwechslung von Amt und Person, dieser entweder gespielten oder bornierten Verständnislosigkeit für oppositionelle Gruppen, die die Außendarstellung der Universität „in dem von mir dargelegten Sinne“ zwar wohl verstehen, aber durchaus nicht wollen, weicht der Präsident, wie gesagt, der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Universität aus. Das hindert ihn aber nicht, sie außerhalb in seinen Vorträgen zu führen. Denn er wirbt darin keineswegs nur adressatengerecht, nach „einfachsten... didaktischen Regeln“, um „Verständnis (für die) Nöte der Universität“, sondern nutzt zugleich das Vorverständnis und latente Ressentiments seines jeweiligen Auditoriums, um die hochschulpolitischen und Ordnungsvorstellungen der Konventsmeinheit zu vermitteln. Mag sich der Präsident immerhin dieses Verfahrens bedienen. Nur muß er dann nicht beanspruchen, das Gesamtinteresse der Universität zu vertreten, und sich nicht entrüsten, wenn diejenigen, die sich in den kolportierten

„Redepassagen“ als Halbgebildete, Studierunwillige und Empfänger von Stüdieregehältern bzw. als Lernunfähige und schlechte Professoren bezeichnet, hofhörig werden und Fragen haben.

Daß solche Nebenbemerkungen dem Präsidenten nicht schlechterdings fernliegen, ist dem ersten, „Universität und Öffentlichkeit“ überschriebenen Kapitel des „Neunten Rechenschaftsberichts“, einem gewiß autorisierten Dokument, zu entnehmen. Darin wird, mit Bezug auf das „Unverständnis“ und auf „Fragen der „Bürger dieser Stadt“, erwogen, daß möglicherweise die „Gruppenuniversität“ und die Beteiligung der Studenten an sämtlichen Entscheidungen der Hochschulselbstverwaltung ein verfehlter Reformansatz gewesen sein könnte (S. 14f.). Der Präsident äußert sich darin ebenfalls bedenklich über die Reform der gymnasialen Oberstufe und über die „sicherlich in einigen Bereichen veränderten Qualitätsansprüche bei der Berufung von Hochschullehrern“ (S. 14). Und er bedauert das „Steuerzahler“, im Sinne der „Steuerzahler“, daß ihm gegen aufsässige Studenten kein Ordnungsmittel zur Verfügung steht (S. 15). — Allgemein gibt der Präsident in seinem Rechenschaftsbericht zu verstehen, daß er seine Wahl als Zeichen der inneren Konsolidierung des Hochschullebens und seine bisherige Amtszeit als neue Ära der Rückbesinnung auf die eigentliche Aufgabe der Universität, die unpolitische Fachgelehrsamkeit, betrachtet. Nichts soll mehr an die „hochschulpolitischen Auseinandersetzungen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre“, an den „Unruheherd“ erinnern, „den die Hochschule dieser Stadt viele Jahre dargestellt hat“. Die Frankfurter Universität, so erklärt er in programmatischer Absicht, habe „ihre politische Krise überstanden und zu einem ungestörten Forschungs- und Lehrbetrieb zurückgefunden“ (21); es sei daher an der Zeit und man sei dazu berechtigt, „die Bevölkerung unserer Stadt und ihrer Umgebung zu überzeugen, daß an dieser Hochschule ernsthafte, wissenschaftliche Arbeit geleistet wird, und zwar nach anerkannten Regeln und Verfahren“. (S. 16).

Der Präsident berührt die seit 1968 akute Frage des inhaltlichen Beitrags und der Stellung der Hochschulwissenschaft zu öffentlich debattierten sozialen Problemen gar nicht. Die von ihm und den Mehrheitsvertretern so häufig beschworenen, aber ganz formal gebrauchten Begriffe der Qualität und Leistung meinen nichts weiter als die Rückkehr zu „geordneten“ Verhältnissen. Es steht aber außer Zweifel, auch wenn man es nicht wahrhaben mag, daß die Wissenschaftskritik einer Phase, die bloß als „chaotisch“ zu verstehen einen Mangel an geistiger Sensibilität anzeigen würde, in vielen Bereichen der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu einem Niveau theoretischer Reflexion verholfen hat, über das sie zuvor nicht verfügt. Es ist unbestreitbar, daß der politische Protest der Studentenbewegung und die Öffnung der Hochschule als Forum der Gesellschaftskritik die wissenschaftliche Tätigkeit vieler Fächer sich wieder an Problemen von allgemeinem Interesse haben orientieren lassen, womit erst die Voraussetzung für relevante und die Öffentlichkeit

interessierende Antworten der Wissenschaft gegeben ist.

Der Versuch, dies im Zuge der neokonservativen Formierung zu unterschlagen und auf die eingangs zitierten Vorstellungen des Präsidenten eine oberflächlich makellose Reputation der Universität zu begründen, führt nur zu einer Öffentlichkeitsarbeit, die sich in akademischen Festveranstaltungen, esoterischer Forschungsdocumentation und im Vortrags-, Ehrungs-, Tagungs-, Begegnungskalendrium des Uni-Report erschöpft. Dem wird lediglich eine Fassade errichtet, die der Öffentlichkeit die Alltagsauseinandersetzungen und das Konfliktpotential der Massenhochschule verdeckt. Alle diese Protokollaktivitäten und Zeremonien sind der ideologische Deckmantel der die Hochschulrealität beherrschenden Bürokratie und im striktesten Sinne Überbau: Alle

Zum 60. Geburtstag von Prof. Oelschläger

Jubiläumsgeburtstage werden im allgemeinen in einem besonderen Rahmen gefeiert. Die Mitarbeiter des Instituts für Pharmazeutische Chemie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main hatten daher eine kleine Feierstunde auf dem Steg zum großen Hörsaal vorbereitet, um dem Direktor des Instituts, Prof. Dr. Herbert Oelschläger, zur Vollendung seines 60. Lebensjahres gebührend zu gratulieren. Allerdings konnten die Glückwünsche erst mit zweiwöchiger Verspätung überbracht werden, da der Jubililar durch eine kurzfristige Flucht mit seiner Gattin in südliche Gefilde und sein anschließendes Fortbildungengagement in Meran dem größten Trubel in Meran suchte. Jedoch die Gratulanten harrten seiner Rückkehr, um ihm mit sorgfältig einstudiertem Chorgesang auf dem mit Girlanden festlich geschmückten Steg zu empfangen. Sechs Böllerschüsse erinnerten an jedes vergangene Lebensjahrzehnt, ein Geburtstagsstrauß verband damit die Hoffnung auf weitere glückliche Jahre in der Zukunft.

Dr. H. Blume knüpfte in seiner humorvollen Ansprache an den 50. Geburtstag an, den es nun zu übertreffen gelte. Dies gelang in großartiger Weise. Als Ausdruck ihrer Dankbarkeit für sein stetiges Engagement für sie und für das Institut während der letzten 15 Jahre in Frankfurt überreichten die Mitarbeiter einen Stich von Alt-Frankfurt, der Prof. Oelschläger stets an eine erfolgreiche Lehr- und Forschungstätigkeit in Frankfurt erinnern soll. Dieser Stich hat inzwischen im Dienstzimmer des Chefs seinen gebührenden Platz gefunden. Als Zeichen der Hochachtung wurde anschließend der Steg zum Institut offiziell in „Herbert-Oelschläger-Steg“ benannt, das Namensschild enthielt und nach Hanseatenbrauch mit Sekt getauft.

Den Abschluß der kleinen Feierstunde bildete ein gemühter Umtrunk in der Bibliothek des Instituts, bei dem in dreistündiger Runde auch eine harmonische Geburtstagsfeier, umgeben von 60 brennenden Kerzen, verspielt wurde. Der fröhliche Ausklang stärkte die Hoffnung der Mitarbeiter, ihrem Institutsleiter noch oft von Herzern zum Geburtstag gratulieren zu können.

finden sie unter Ausschluß der Studentenschaft und diejenigen, auf die sich der Präsident am meisten zugute hält, unter Polizeischutz statt. Eine sonderbare Form der Öffentlichkeitsdarstellung, bei der die Universitätsadministration, der städtische Magistrat, Vertreter des Staats und der Industrie unter sich sind. Was diese Restaurationserscheinung mit der „Tradition“, der Gründung der „Bürgeruniversität“ und ihrer Entwicklung in der Weimarer Zeit zu tun haben soll, vermag niemand anzugeben. Von der „politischen Krise“, die der „Selbstdarstellung“, um nämlich seine Amtsperiode als Epoche der Frankfurter Universitätsgeschichte erscheinen zu lassen, für „überstanden“ erklärt, ist unseres Erachtens kein Ende abzusehen.

Demokratische Hochschulreform — DHR

Als Dank für die so herzliche Feierstunde lud Prof. Oelschläger, der ein Festkolloquium energisch abgelehnt hatte, seine Mitarbeiter und die Vertreter der Studentenschaft zu einem Betriebsausflug nach Burg Dhaun im Nahetal ein. Kulinarische Genüsse und körperliche Bewegung folgten in wohltdosierter Reihenfolge, so daß nach lustigem Kegelwettbewerb die rechte Stimmung für die abschließende feucht-fröhliche Weinprobe bestand. In dankbarer Erinnerung an diesen gelungenen Ausflug freuen sich die Mitarbeiter auf den nächsten Jubiläumsgeburtstag.

Geoökologie

Mit dem Wintersemester 1981/82 wird im Fachbereich Geowissenschaften eine Veranstaltungsreihe begonnen, die für fortgeschrittene Studierende — insbesondere Doktoranden — der Geowissenschaften und benachbarter Fachbereiche die Möglichkeit bieten wird, zusätzliche Qualifikationen im Bereich der Geowissenschaften unter geowissenschaftlichen Aspekten zu erwerben.

Ein besonderer Qualifikationsabschluß ist nicht vorgesehen, es wird lediglich die erfolgreiche Teilnahme an Einzelveranstaltungen bestätigt.

Zulassungsvoraussetzungen: Nachsexamen für das Gymnasiallehramt, mindestens jedoch Vordiplom oder Zwischenprüfung in Geowissenschaften oder benachbarten Disziplinen. Ein Veranstaltungszyklus soll jeweils vier Semester umfassen. Das vorläufige Programm gliedert sich wie folgt:

Erstes Semester (WS 1981/82): Vorlesungen über „Einführende Themenkreise“.

Zweites Semester (SS 1982): Spezialveranstaltungen (Vorlesungen und Seminare).

Drittes Semester (WS 1982/83): Übungen.

Viertes Semester (SS 1983): Abschlußveranstaltung im Gelände.

Außerdem wird empfohlen, zusätzlich ökologisch orientierte Veranstaltungen in anderen Fachbereichen, vor allem in der Biologie, zu besuchen.

Weitere Informationen im Dekanat des Fachbereichs Geowissenschaften, Telefon 7 98-26 91.

„Crown-Gall“: Molekulare Biologie eines Pflanzenkrebses

An Krebs stirbt ein Großteil unserer Mitmenschen. Daran hat sich trotz einer intensiven, international betriebenen und bereits langandauernden Forschung noch nichts Wesentliches geändert. Hunger bedroht tagtäglich die Existenz von vielen Millionen Menschen auf der Erde. Trotz einer Vielzahl anderer, ebenfalls gefährlicher Belastungen nehmen die beiden Bedrohungen Krebs und Hunger im Bewusstsein der Menschen eine zentrale Rolle ein. Der Kampf gegen diese beiden Menschheitsgeiseln genießt deshalb weithin unbedingte Priorität. Dazu könnte nun eine Krankheit, die lediglich Pflanzen befällt, einen wesentlichen Beitrag leisten: der „Crown-Gall“-Krebs, so genannt wegen seiner bevorzugten Bildung im Wurzelhalsbereich (engl. „crown gall“) von Pflanzen. Zum einen entsteht dieser Krebs auf die prinzipiell gleiche Art und Weise wie virus-induzierter Krebs bei Säugetieren. Der Crown-Gall-Tumor kann daher als Modellsystem für tierischen (und auch menschlichen) Krebs dienen. Zum anderen wird es in Kürze möglich sein, mit Hilfe der Bakterien, die Crown-Gall-Tumoren erzeugen, Erbanlagen (Gene) einer Pflanze in eine andere Pflanze zu überführen und die Empfängerpflanze dadurch mit neuen Eigenschaften auszurüsten. Diese Pflanzen, die genetisch gesehen eine Neuschöpfung sind, werden — so hofft man mit Recht — einen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Welt leisten können.

Die Entstehung eines Crown-Gall-Tumors erfolgt in mehreren Phasen. Werden bodennahe Teile zweikeimblättriger Pflanzen verwundet, so können an diesen Stellen in einigen Wochen große Wucherungen entstehen (Wurzelhalsgalen; engl. „crown gall tumors“). Voraussetzung dazu ist

allerdings, daß sich ein weitverbreitetes Bodenbakterium, *Agrobacterium tumefaciens*, in der Wunde ansiedelt. Dieses Bakterium ist allerdings nur für die Anfangsphase („Induktion“) der Geschwulstbildung notwendig. Wird es einige Tage nach der Verwundung der Pflanze abgetötet oder entfernt, so wird die Tumorbildung dadurch nicht mehr rückgängig gemacht. Es muß also kurz nach der Verwundung der Pflanze und der Besiedlung der Wunde durch *Agrobacterien* zu einer Umwandlung von Normal- zu Tumorzellen („Transformation“) kommen. Diese Tumorzellen entziehen sich bestimmten Kontrollmechanismen der Normalzelle und teilen sich beständig: Ein Tumor wird manifest (Abb. 1).

Der Mechanismus dieser bakteriell induzierten Tumorentstehung ist weitgehend aufgeklärt worden. Zunächst ist eine Verwundung des potentiellen pflanzlichen Wirtes notwendig. Dadurch werden einerseits Stellen exponiert, an die sich die *Agrobakterien* anheften können („Attachment“). Dabei handelt es sich um eine Art Komplementarität zwischen bestimmten Strukturen der Bakterienzellewand (sog. Phospholipiden) und Bestandteilen der Mittellamelle der pflanzlichen Zellwand (sog. Pektinen). Andererseits induziert die Verwundung eine Aktivierung der betroffenen Zellen mit massiven, genabhängigen Umstellungen im Zellstoffwechsel („Konditionierung“). Nach dem Attachment überträgt das Bakterium in einem noch ungeklärten Vorgang einen Teil eines großen Plasmids (Ti-Plasmid; „tumor-inducing plasmid“) in die Pflanzenzelle. Bakterien enthalten ja wie die Zellen aller Organismen Erbsubstanz in Form der Desoxyribonukleinsäure (DNA), die hier als ringförmiges Molekül („Bakterienchromosom“) vor-

liegt. Die DNA aller Organismen besteht aus insgesamt vier verschiedenen organischen Molekülen, den sogenannten Basen (Adenin, Guanin, Cytosin und Thymin), die durch Zucker (Desoxyribose) und Phosphorsäurereste miteinander zu Riesennukleotiden verknüpft sind. Jeweils drei nebeneinander liegende Basen bilden eine Informationseinheit. In der DNA eines Organismus liegen so verschlüsselt (codiert) alle notwendigen Informationen für Struktur und Funktion seiner Zellen. Diese Erbinformation wird einerseits identisch verdoppelt und der nachfolgenden Zellgeneration übergeben, andererseits aber in Botenmoleküle (sog. Messenger-Ribonukleinsäure, mRNA) übersetzt. Diese Ribonukleinsäuren dienen im Cytoplasma der Zelle als Matrizen für Eiweißstoffe (Proteine), die wiederum den Zellstoffwechsel steuern. Neben ihrer eigenen Erbinformation in Form des Chromosoms besitzen viele Bakterien aber noch extrachromosomale, in sich geschlossene, also ringförmige DNA-Moleküle, die Informationen für verschiedene Funktionen (z. B. für Resistenz gegen bestimmte Antibiotika) tragen. Solche DNA-Moleküle werden als Plasmide bezeichnet.

Nach seiner Übertragung in der Wirtszelle wird nun ein Fragment des Ti-Plasmids von *Agrobacterium tumefaciens* in die Kern-DNA eingebaut, wo es in mehreren Kopien tandemartig angeordnet ist (Abb. 2). Diese im Wirtszellkern vorhandene Tumor-DNA (T-DNA; „transferred DNA“) bleibt dort stabil erhalten und wird nach ihrer Verdopplung auf die Tochterzellen übertragen, verhält sich also wie ein normales Pflanzengem. Allerdings codiert die T-DNA für verschiedene Funktionen. Zum einen enthalten die beiden Enden der T-DNA mehrere identische, sich wiederholende Abfolgen von je 13, 15 und 36 Basenpaaren, die mehrfach vorliegen („direkt-repetitive Sequenzen“). Daneben ist auch an einem Ende der T-DNA eine Sequenz in einer Länge von 18 Basenpaaren vorhanden, der am anderen Ende der T-DNA eine identische, lediglich umgekehrt orientierte Sequenz entspricht („invers-repetitive Sequenz“).

Diese Sequenzen könnten große Bedeutung für die Integration der T-DNA in die Pflanzen-DNA besitzen. Es ist nämlich von Bakterien her bekannt, daß sie sogenannte „springende Gene“ enthalten, die ihren Ort auf dem Bakterienchromosom wechseln können. Diese transposablen Elemente („Transposons“) werden an ihren Enden von invers-repetitiven Sequenzen flankiert, die einen Einbau an anderer Stelle des Genoms erlauben. Formal kann man also die T-DNA als ein solches Transposon auffassen: Sie enthält Gene, die mit Hilfe invers-repetitiver Sequenzen an beiden Enden an nahezu beliebigem Ort in die DNA eingebaut werden können. In diesem Fall handelt es sich um repetitive, das heißt vielfach im Genom vorkommende DNA-Sequenzen der pflanzlichen Wirtszelle. Während aber von bakteriellen Transposons bekannt ist, daß sie lediglich Gene innerhalb von Bakterien transferieren, ist die T-DNA das einzige bekannte Beispiel eines

DNA-Elements, das von einem Prokaryonten (Bakterium) auf einen Eukaryonten (Pflanzenzelle) übertragen wird.

Die übertragenen Gene bewirken in der Wirtszelle eine permanente Synthese von Wuchsstoffen, sogenannte Cytokinen und Auxinen. Diese Pflanzenhormone sind für Zellteilung und Zellvergrößerung verantwortlich, ihre dauernde Anwesenheit in der Tumorzelle bedingt dauernde Proliferationsbereitschaft (d. h. Krebswachstum). Für die Aktivierung der Wuchsstofforgane codiert ein in der Mitte der T-DNA gelegenes DNA-Segment („Onkogen“). Seine Funktion könnte darin bestehen, pflanzliche Wuchsstoffgene entweder direkt oder indirekt zu aktivieren. Es ist aber auch denkbar, daß es sich bei diesem „Onkogen“ um eine „Cytokininase“ selbst handelt, das ursprünglich pflanzeneigen war, aber irgendwann von einem Bakterienplasmid in noch unbekannter Weise erworben wurde. Dieses Gen könnte sehr wohl für eine bestimmte Ribonukleinsäure, eine für die Proteinsynthese benötigte sogenannte Transfer-RNA („t-RNA“) codieren, aus der nach ihrer Synthese einzelne Basen mit Wuchsstoffeigenschaften herausgeschnitten werden könnten.

Der rechte Teil der T-DNA enthält Gene, die für die Synthese abnormaler Aminosäuren in der Tumorzelle codieren. Es ist seit einigen Jahren bekannt, daß sich in Crown-Gall-Zellen sogenannte Opine ansammeln, die in Normalzellen nicht vorhanden sind. Diese Opine sind Abkömmlinge einer zelleigenen Aminosäure (Arginin). Die prominentesten

Opine sind Nopalin (N- α -(1,3-Dicarboxypropyl)-L-Arginin) und Octopin (N- α -(D-1-Carboxyethyl)-L-Arginin). Die Tumore bilden aber entweder Octopin oder Nopalin, niemals beide Substanzen gleichzeitig. Dabei bestimmt nicht die Pflanzenzelle, sondern der Bakterienstamm, welches Opin im Tumor synthetisiert wird. Es muß also zwei verschiedene Gruppen von *Agrobakterien* geben. Eine Gruppe induziert die Bildung von Nopalin in den Tumoren, die andere die Bildung von Octopin. Da die Information zur Bildung von Opinen auf dem Ti-Plasmid lokalisiert ist, muß es also zwei Typen von Plasmiden geben: Octopin- und Nopalinplasmide. Demnach sind also die Opingene in den beiden Plasmidtypen verschieden.

Der linke Teil der T-DNA enthält Gene, deren Funktion weitgehend unbekannt ist. Mutationen in diesem Bereich führen dazu, daß Tumore zwar gebildet werden, aber ausdifferenzierte Gewebe verschiedener Art enthalten. Es ist möglich, daß dieser Teil der T-DNA in den Wuchsstoffhaushalt der Pflanzenzelle kontrollierend eingreift. In Abb. 3 ist die funktionelle Organisation der T-Region eines Ti-Plasmids im *Agrobacterium* (unten) und der T-DNA eines Nopalin Tumors (oben) wiedergegeben.

Die Ablesung der T-DNA oder zumindest einiger ihrer Gene erfolgt durch Enzyme der Wirtszelle (DNA-abhängige RNA-Polymerasen II). Enzyme sind Eiweiße, die die chemischen Reaktionen eines Organismus beschleunigen (katalysieren). Diese Polymerasen synthetisieren an der T-DNA RNA-Moleküle, die entweder als solche oder erst nach chemischer Veränderung (Polyadenylierung) an den Ribosomen des Cytoplasmas, der Eiweißsyntheseorte der Zelle, erscheinen. Dabei erlaubt die am rechten Ende der T-DNA ge-

Fortsetzung auf Seite 10

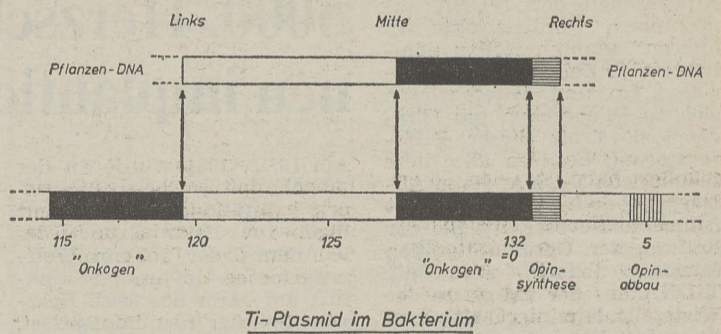


Abb. 3: Struktur der T-Region eines Ti-Plasmides von *Agrobacterium tumefaciens* (unten) und der in Tumorzellen vorhandenen T-DNA (oben). Zahlen geben das Molekulargewicht in Millionen Daltons an. Der Nullpunkt ist willkürlich gewählt.

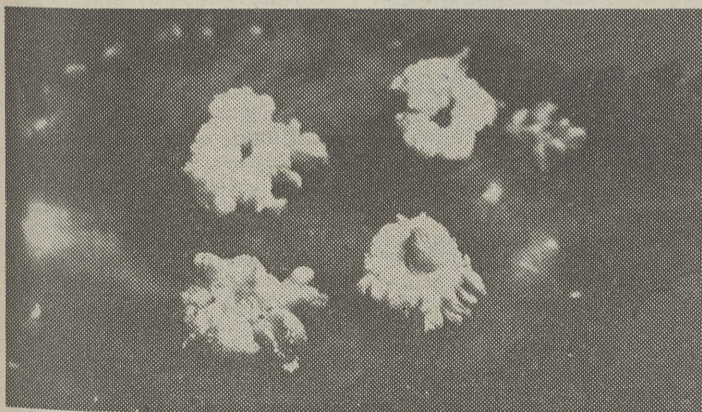


Abb. 1: Crown-Gall-Tumoren auf einem Blatt von *Bryophyllum daigremontianum*. Im linken unteren Blatteil eine nicht infizierte Wundstelle.

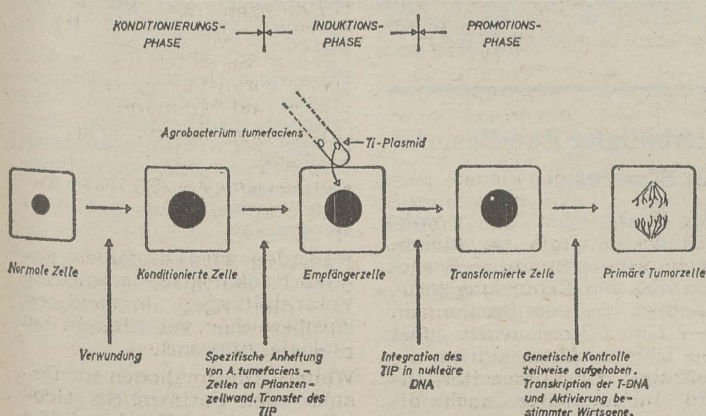


Abb. 2: Schematische Darstellung der Crown-Gall-Tumorgeneses bei Pflanzen.

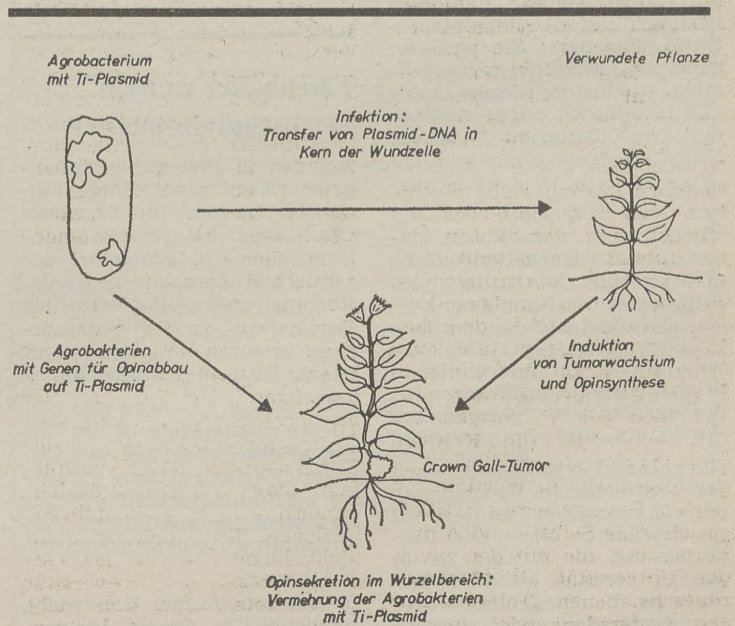


Abb. 4: Genetische Kolonisierung von Pflanzen durch *Agrobacterium tumefaciens*.

„Crown-Gall“ ...

(Fortsetzung von Seite 9)

bildete RNA die Synthese der sogenannten Nopalins- oder Octopinsynthetase, der Enzyme also, die die Bildung der betreffenden Opine in der Tumorzelle katalysieren. Zwar wurden bei eigenen Arbeiten auch andere tumorspezifische RNAs und Proteine gefunden, über ihre Funktion ist allerdings noch nichts bekannt.

Die Anwesenheit der Opine ist ein leicht zu bestimmender wertvoller Indikator für transformierte Pflanzenzellen. Enthält nämlich eine solche Zelle ein Opin, so muß sie zwangsläufig den rechten Bereich der T-DNA zu kontrollieren. Daraus ergibt sich, daß die pflanzliche Wirtszelle verfügt offenbar über keinen geeigneten Mechanismus, die eingeführte T-DNA zu kontrollieren. Dagegen vermag sie sehr wohl zelleigene Gene nach einem bestimmten Muster an- und abzudrehen. Im Falle der T-DNA aber versagen ihre regulatorischen Kapazitäten. Trotzdem ist — wie eigene Arbeiten ergaben — die Ablesung der verschiedenen T-DNA-Gene in verschiedenen Tumorstadien verschieden. In der Anfangsphase aktiven Zellwachstums (Proliferation) der Tumorzellen wird ganz vorwiegend der Onkogen- und Opinbereich abgelesen. In älteren Tumoren wird der linke Abschnitt der T-DNA aktiviert, während die Onkogene nur noch sehr schwach aktiv sind. Wenn es gelänge, die Aktivität des Onkogens und damit die Tumorbildung experimentell zu unterdrücken, wäre unser Verständnis der Tumorgenese in Pflanzen wesentlich erweitert worden. Diesem Problemkreis sind weitere eigene Arbeiten gewidmet.

Der Tumorzustand einer Zelle ist keineswegs so stabil, wie aufgrund der permanenten Anwesenheit der T-DNA angenommen werden sollte. In älteren Tumoren stellen nämlich einige Zellen ihre Proliferation ein und differenzieren sich zu Dauerzellen um (Tracheiden). Trotz dieser Differenzierung besitzen alle diese Zellen noch T-DNA, deren Ablesung jedoch unterdrückt ist („unechte Reversion“). Bei der Reifung der Geschlechtszellen (Meiose) jedoch wird die T-DNA aus der Erbmasse der Wirtszelle eliminiert. Kommen tumoröse Pflanzen zum Blühen, so sind die mit einem einfachen Chromosomensatz versehenen Geschlechtszellen (haploide Gameten) frei von T-DNA. Die aus diesen Gameten angezogenen haploiden Pflanzen sind dementsprechend „normal“: Sie wachsen ohne Phytohormonzugabe nicht, produzieren keine Opine und lassen sich durch virulente Agrobakterien wieder transformieren.

Welchen Nutzen zieht eigentlich das Bakterium aus der Überführung von Plasmidgenen in Pflanzenzellen? Ganz offensichtlich konstruiert sich Agrobacterium tumefaciens eine ökologische Nische, indem es Gene überträgt, die zwei wesentliche Veränderungen in pflanzlichen Empfängerzellen hervorrufen: tumoröses Wachstum und Opinsynthese.

Die eine Veränderung sorgt für ausreichende Vermehrung der Tumorzellen und damit der injizierten Gene. Die Opine, die von den Tumorzellen in großen Mengen gebildet und auch an die Umgebung abgegeben werden, dienen dem Agrobakterium und nur diesem, als Energie-, Stickstoff-

und Kohlenstoffquelle. Denn nur das Ti-Plasmid der Agrobakterien enthält Gene, mit deren Hilfe Opine auch abgebaut, also für Syntheseleistungen der Zelle nutzbar gemacht werden können. Die Bakterien verschaffen sich also einen exklusiven Zugang zu den Photosyntheseleistungen der Wirtspflanze. Dies aber ist eine besondere Form von Parasitismus: die Agrobakterien leben nicht einfach von der pflanzlichen Substanz, sondern zwingen den Pflanzen mit Hilfe der T-DNA einen neuen Genotyp auf („Genetische Kolonisierung“). Agrobakterien bedienen sich also einer genetischen Manipulation, einer Veränderung des Erbgutes der Wirtszelle, um sich eine besondere Nahrungsquelle zu sichern (Abb. 4).

Es liegt auf der Hand, daß dieses Übertragungssystem von großer Bedeutung für die gezielte genetische Manipulation von Pflanzen durch den Menschen sein könnte. Mit Hilfe des Ti-Plasmids als Vektor könnte man wünschenswerte Gene — und damit wünschenswerte Eigenschaften — in bestimmte Pflanzen übertragen, die diese Eigenschaften noch nicht besitzen. So ließen sich zum Beispiel Gene isolieren und an das Ti-Plasmid koppeln, die für die Fixierung von Luftstickstoff codieren (Nif-Gene; „nitrogen fixing genes“). Nach Übertragung dieser Gene zusammen mit der T-DNA wäre die Empfängerpflanze also in der Lage, den Stickstoff der Luft direkt zu binden und wäre damit weitgehend unabhängig von einer Stickstoffdüngung. Solche Experimente werden in vielen Laboratorien bereits durchgeführt und berechtigen zu einigen Hoffnungen. Denn die Kopplung an die T-DNA und der Co-Transfer eines relativ einfachen Gens

mit der T-DNA in Tabakpflanzen ist bereits gelungen. Ein bakterielles Transposon, Tn7, welches unter anderem für Resistenz gegen Methotrexat codiert, ließ sich in die T-DNA integrieren und konnte in Crown-Gall-Tumorzellen unverändert nachgewiesen werden. Allerdings war das Transposon in einer Region der T-DNA inseriert, die für die Opinsynthese codiert. Damit wurde die Struktur des Opingens zerstört. Dementsprechend bildeten die Tumoren kein Opin mehr. Prinzipiell eignet sich also das Ti-Plasmid für die Übertragung von Genen und ist damit von unschätzbarem Wert für die zukünftige Pflanzenzüchtung.

Darüber hinaus kann die Forschung an Crown-Gall-Tumoren auch Erkenntnisse zum Mechanismus neoplastischen Wachstums allgemein liefern. So enthalten zum Beispiel viral induzierte, tierische Tumoren Virusinformation, die auch abgelesen wird. Produkte dieser Ablesung greifen in den Wirtszellstoffwechsel aktivierend ein. Gleiches gilt für den Crown-Gall-Tumor, nur daß der Überträger kein Virus, sondern ein Bakterium ist und die fremde Erbsubstanz von einem Plasmid und nicht — wie beispielsweise bei den RNA-Tumoren — von einer Übersetzung viraler RNA in DNA („reverse Transkription“) stammt. Da die Transformation in beiden Fällen prinzipiell ähnlich verläuft, sich aber wesentlich unkomplizierter an Crown-Gall-Tumoren verfolgen läßt, darf man auf wesentliche Beiträge der Crown-Gall-Forschung zur Klärung des Krebsproblems hoffen.

Günter Kahl

Mitautoren: R. Barckhausen, G. Blechschmidt, H. Gieß, C. Gräf, E. Hadjiloucas, S. Kost, S. Ranostaj, W. Schäfer, R. K. Tripathi (Indien), F. Weigand, K. Weising, B. Wielgat (Polen) und H. J. Zimmermann.

5000. Herzschrittmacher neu implantiert

Am 18. 9. 1981 wurde an der Abteilung für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie (Leiter: Prof. Dr. Peter Satter) des Klinikums der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main der 5000. Herzschrittmacher neu implantiert. Es ist dies die größte Zahl von Neuimplantationen in der Bundesrepublik und wahrscheinlich in ganz Europa, welche an einer einzigen Klinik vorgenommen wurde.

Faustballer wurden Hochschulvizemeister

Bei den in Münster ausgetragenen Deutschen Hochschulmeisterschaften im Faustball der Männer belegte die Mannschaft der Uni Frankfurt den zweiten Platz, nachdem sie das Endspiel gegen die Vertretung Berlins erst in der Verlängerung verloren hatte und wurde damit Deutscher Hochschulvizemeister.

Dieser zweite Platz ist der bisher größte Erfolg der von Obmann Karlheinz Hoos geführten Frankfurter Faustballer und wird für zukünftige Veranstaltungen viel Auftrieb geben.

Es spielten: Rainer Damovsky, Klaus Tille, Frank Wacker, Michael Wittich, Thomas Wittich, Karlheinz Hoos.

Schon bei der ersten Implantation am 11. 11. 1962 war der medizinisch-technische Assistent Joachim Kreuzer anwesend und ist dies bis zum heutigen Tag. Als hervorragender Fachmann hat er nationale und internationale Anerkennung gefunden. Dank der modernen Entwicklung sind die ursprünglich 200 g schweren Aggregate auf nunmehr unter 50 g erleichtert und verkleinert worden. Die Lebensdauer der Batterien wurde von ursprünglich wenigen Monaten auf derzeit etwa 7 Jahre erhöht, und die Funktion läßt sich heute von außen dem Bedarf des Patienten anpassen. Der Schrittmacher wurde programmierbar. Mit der Verwendung von Einschraubelektroden und Durchführung des Eingriffes in Lokalanästhesie ist es in zunehmendem Maße möglich, diese Operationen ambulant durchzuführen, um den meist älteren Patienten nicht aus seiner gewohnten Umgebung herauszureißen.

Die Zahl der Schrittmacherpatienten wächst ständig, und man schätzt, daß heute auf der Welt weit über eine Million Schrittmacherträger existieren. Mit der Erfindung des Herzschrittmachers hat die Medizintechnik einen ihrer größten Fortschritte erzielt, welcher nicht nur zur Lebensverlängerung, sondern in erster Linie zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt.

Promotionen zum Dr. phil.

Auf Wunsch der Gemeinsamen Promotionskommission werden semesterweise die Promotionen zum Dr. phil. veröffentlicht. In dieser Ausgabe sind die Promotionen aus dem Sommersemester 1981 nach der Promotionsordnung vom 1. 6. 1976 abgedruckt.

Gesellschaftswissenschaften

Jaschke, Hans Gerd: „Versetzung der Politik — Der Beitrag der Bonapartismusanalysen zur Theorie des Faschismus“

Manthey, Holger: „Sozialisation in die bürokratische Organisation — Als Landesplanungsreferendar in der öffentlichen Verwaltung“

Marcondes Filho, Ciro J.R.: „Kommunikation, Ideologie und Herrschaft — Zur Analyse der nichtbürgerlichen Öffentlichkeit in Zeiten kapitalistischer Hegemoniekrisen“

Omer, Shanee: „The Border of Guilt: Sociological Structures of Fascist Discourse“

Schönegge, Gislinde: „Arbeiterbildungstheorie und -praxis in der deutschen Sozialdemokratie während der Weimarer Republik im Spiegel des ‚Offenbacher Abendblattes‘“

Steppat, Werner: „Weiterbildungsmotivation und Aufstiegsbewußtsein von Angestellten in Handel und Industrie — untersucht am Lehrgang ‚Handels-/Industriefachwirt‘ bei Teilnehmern im Rhein-Main-Gebiet“

Steppat, Udo: „Weiterbildungsmotivation und Aufstiegsbewußtsein von Angestellten in Handel und Industrie — untersucht am Lehrgang ‚Handels-/Industriefachwirt‘ bei Teilnehmern im Rhein-Main-Gebiet“

Erziehungswissenschaften

Baun, Marianne: „Kommunikationsförderung bei Geistigbehinderten“

Hofmann, Christiane: „Familienalltag. Vergleichende Untersuchungen über mikrostrukturelle Sozialisationsprozesse in Familien von Gesamt-, Grund- und Sonderschülern“

von Kopp, Botho: „Hochschulsystem und Beschäftigungssystem als ‚Qualifikationsproduzent‘ und ‚Qualifikationsabnehmer‘ in ihrer Wechselbeziehung am Beispiel der CSSR“

Randa, Ernst Georg: „Philosophie im Gymnasium. Zur Entwicklung eines Unterrichtsfaches in der Bundesrepublik Deutschland“

Schuster, Peter: „Tradition und innovative Regelpraxis und Bewußtseinsbildung im Lebenszusammenhang lohnabhängiger Jugendlicher — aufgezeigt am Geltungsbereich des Regelspiels. Sozialpädagogische Bedeutung im Hinblick auf mikrologische Handlungsprozesse“

Seifert, Günter: „Theoretische und curriculare Ansätze für Sozialpädagogik, dargestellt in der Praxis und Ausbildung für Gemeinwesenarbeit (GWA)“

Verbilligter Zoo-Besuch für Studenten

Der Zoologische Garten weist darauf hin, daß immatrikulierte Studenten zum Besuch von Zoo und Exotarium preisgünstige Semesterkarten für 8,— DM (Einzeltritt sonst 5,— DM) erhalten können. Anträge bitte unter Vorlage des Studentenausweises unmittelbar an den Zoo-Eingangskassen stellen und Paßbild vorlegen.

Tsardakis, Dimitrios: „Die Rolle des Fernsehens im Sozialisierungsprozeß — unter besonderer Berücksichtigung griechischer Kinder“

Volz-Ohlemann, Gerda: „Der natürliche und der neurotische Mensch. Untersuchungen zur impliziten Anthropologie und zur Struktur der Theorie Arthur Janovs“

Psychologie

Laimböck, Annemarie: „Psychoanalytische Selbsterfahrungsgruppen im Rahmen von Ausbildung. Ein Beitrag zum Curriculum der Psychoanalyse an der Universität“

Rost, Wolf-Detlef: „Objektpsychologische Modellvorstellungen zur Theorie, Erforschung und Behandlung psychosomatischer (alexithymer) Störungen — Fallstudie einer analytischen Gruppe“

Religionswissenschaften

Copray, Norbert: „Kommunikation und Offenbarung, philosophische und theologische Auseinandersetzungen auf dem Weg zu einer Basistheorie der menschlichen Kommunikation“

Hauser, Linus: „Religion als Prinzip und Faktum. Das Verhältnis von konkreter Subjektivität und Prinzipientheorie in Kants Religions- und Geschichtsphilosophie“

Rahn, Ottmar: „Identitätsbildender Religionsunterricht — Grundlagen zu einer persönlichkeitsbildenden Didaktik“

Stenzel, Peter: „Kirchenvorsteher in der Volkskirche. Untersuchungen zum christlichen Bewußtsein und zum kirchlichen Engagement“

Geschichtswissenschaften

Dickel, Horst: „Die deutsche Außenpolitik und die Irische Frage von 1932 bis 1944“

Neuere Philologien

Anders, Karl: „Von Worten zur Syntax: Spracherwerb im Dialog“

Armbruster, Claudius: „Das Werk Alejo Carpentiers“

Beyer, Christel: „Hexenproduktion — Voraussetzungen, Bedingungen und Folgen des Umgangs mit der Wirklichkeit in Hexenprozessen. Dargestellt am Beispiel des Hochstifts Würzburg“

Moeller, Hans Martin: „Adorno — Proust — Beckett. Zur Aktualisierung einer alternden Theorie“

Schulz, Friedrich: „Das sprachliche Potential von Pongiden und menschlicher Primärspracherwerb“

Stüber, Werner Jakob: „Entwicklungsgeschichte des Modern Dance: Ansätze zur Selbsterfahrung und Körperaneignung im modernen Kunsttanz“

Wagner, Petra: „Aufsatzkorrektur als professionelles Alltagshandeln — Zum Einfluß des Zeitfaktors und anderer Bedingungen auf die Wahrnehmungsverarbeitung korrigierender Deutschlehrer“

Wiegand, Helmut: „Thomas Manns ‚Doktor Faustus‘ als zeitgeschichtlicher Roman. Eine Studie über die historischen Dimensionen in Thomas Manns Spätwerk“

Geographie

Hausberg, Elke: „Der Kreis Groß-Gerau in seiner Eignung für die Freiraum-Erholung. Ansätze zur Ermittlung geeigneter Flächen“

Klute, Lore: „Entwicklungsstrukturen von zwei Skigebieten, dargestellt am Beispiel von Spitzingsee/Obb. und Ramsau bei Berchtesgaden“

Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Richard Hauser wurde als Mitglied des Beirates für Raumordnung des Deutschen Bundestages berufen.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubter Professor am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften) wurde als Mitglied in die Sachverständigenkommission „Alterssicherungssysteme“ berufen.

Prof. em. Dr. Helmut Meinhold ist zum Vorsitzenden der Sachverständigenkommission „Alterssicherungssysteme“ berufen worden.

Gesellschaftswissenschaften

Prof. Dr. Eike Hennig hat den Ruf auf die Professur (C 4) „Politische Theorie mit Berücksichtigung der Wissenschaftstheorie und Methodologie“ an der Gesamthochschule Kassel/Universität des Landes Hessen angenommen. Zum Beginn des Wintersemesters 1981/82 tritt er seinen Dienst am Fachbereich 05 (Gesellschaftswissenschaften) der GhK an.

Erziehungswissenschaften

Dr. Eckhard Deutscher hielt sich im August und September dieses Jahres mit Unterstützung des DAAD als Kurzzeitdozent an der Universidad Autónoma Metropolitana (UAM) auf, um an der Entwicklung eines neuen Studienganges „Maestria en Educación“ mitzuarbeiten. Während seines Aufenthaltes in Mexiko nahm er eine Einladung des mexikanischen Erziehungsministeriums wahr, an einem Seminar über Erziehungsplanung und Methoden der Hochschulplanung teilzunehmen.

Philosophie

Dr. Rainer Trapp ist zum Hochschulassistenten ernannt worden.

Prof. Dr. Werner Becker war vom 12. — 19. 9. 81 zum Symposium der Griechischen Humanistischen Gesellschaft über „Freiheit und Notwendigkeit“ in Athen eingeladen. Er hielt einen Vortrag über „Die Spannung zwischen ethischer und politischer Verantwortung“.

Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Carl-Ludwig Holtfrerich, Historisches Seminar, hat von der VW-Stiftung eine Bewilligung über 98 000 DM zur Durchführung des Forschungsvorhabens „Die Stabilisierung der deutschen Währung 1923/1924 unter dem Einfluß nationaler Interessen der USA, Großbritanniens und Frankreichs“ erhalten. Das Projekt wird im Rahmen des Forschungsschwerpunktes der VW-Stiftung „Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914—1924“ durchgeführt. Prof. Holtfrerich ist Mitglied des Lenkungs Ausschusses dieses Forschungsprogramms, das unter Beteiligung von Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern Europas und den USA mit einer Laufzeit von fünf Jahren durchgeführt wird.

Prof. Dr. Eike Haberland wurde von der senegalesischen Regierung zum Mitglied des „Comité International pour la Sauvegarde de l'Île de Gorée“ ernannt. Die Insel Gorée, vor der Stadt Dakar im Ozean gelegen, ist eine der ältesten Stätten afrikanisch-europäischen Kontaktes. Zuerst ein Zentrum des Sklavenhandels, wurde sie seit der Französischen Revolution zu einem „commune libre“, deren Bewohner — Afrikaner wie Europäer — das volle französische Bürgerrecht erhielten und eine bemerkenswerte eigene Kultur entwickelten, die heute vor allem in der Architektur der Bürgerhäuser

Personalien

nachvollziehbar ist. Gorée ist von der UNESCO als bedeutendes Kulturmonument anerkannt, sie entwickelt sich zu einem wichtigen geistigen Kontakt- und Austauschzentrum in West-Afrika.

Prof. Dr. Hermann Müller-Karpe ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

Dr. Ludwig Braun, Privatdozent für Klassische Philologie, hat auf Einladung des Instituto Nazionale del Drama Antico auf dessen 8. Kongreß („Seneca e il Teatro“) in Syrakus am 9. 9. 1981 einen Vortrag gehalten mit dem Thema: „La forza del visibile nelle Tragedie di Seneca.“

Neuere Philologien

Dr. Dietrich Grünwald, Lehrbeauftragter am Institut für Jugendbuchforschung, hielt auf dem Internationalen Symposium „On the Origin of an Illustrated Children's Book“ anlässlich der BIB '81 (Biennale der Kinderbuchillustration) in Bratislava (CSSR) einen Vortrag zum Thema „Spezifische Probleme der Comics im Vergleich mit der Buchillustration“. Prof. Dr. Klaus Doderer sprach auf derselben Tagung über die gesellschaftliche Stellung und das berufliche Selbstverständnis des Kinderbuch-Illustrators in Vergangenheit und Gegenwart.

Prof. Dr. Christa Bürger hat im April beim Inter University Center in Dubrovnik ein Diskussionspapier „Englishment and literary public“ im Rahmen eines Ferienkurses über „Theories of Modernity“ sowie im Juni anlässlich eines von Prof. Dr. Willi Oelmüller initiierten Kolloquiums „Kunst und Philosophie II“ in der Reimersstiftung in Bad Homburg einen Beitrag „Totalität oder Konstruktion. Umrisse einer neuen Ästhetik“ vorgelegt.

Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Dr. Alfred Rammelmeyer, Professor em. für slawische Philologie, ist von der Slowenischen Akademie der Wissenschaften und der Künste in Ljubljana zum korrespondierenden Mitglied gewählt worden.

Mathematik

Auf Einladung des Computer Science Departments des Technion Haifa (Israel) war Prof. Dr. Claus Schnorr im Juli 1981 zu einem einmonatigen Forschungsaufenthalt in Israel. Er hat dabei mehrere Vorträge gehalten über algorithmische Probleme der Kryptographie, u. a. an der Hebrew University Jerusalem, dem Weizmann Institut in Rehovot, der Universität Tel Aviv und dem Technion in Haifa.

Auf Einladung der Humboldt-Universität Berlin nahm Prof. Dr. Claus Schnorr vom 11. bis 17. September 1981 an einem internationalen Workshop über Algorithmentheorie in Berlin (DDR) teil. Er hat dabei über neue Isomorphie-Probleme vorgetragen.

Physik

Auf Einladung der Universität Tsukuba (Japan) hielt Prof. Dr. Klaus Weltner, Institut für Didaktik der Physik, einen

Vortrag über: Support of Student Learning — Instrumental approach im Rahmen der 7th International Conference of Improving University Teaching.

Dr. Bernd Fink ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Professor Dr. Hans-Ulrich Chun, Institut für Physikalische und Theoretische Chemie, nahm im September 1981 als Vortragender am XXII. Spectroscopicum Internationale in Tokyo teil und hielt weitere Gastvorträge im Rikagaku Kenkyusho (Institute of Physical and Chemical Research), Wakoshi, Saitama, und auf der „18th Annual Conference on X-Ray Chemical Analysis“ in der Universität Kyoto.

Professor Dr. Hans-Ulrich Chun, Institut für Physikalische und Theoretische Chemie, erhielt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzielle Unterstützung für ein Forschungsvorhaben: Strukturanalyse von Festkörperoberflächen.

Chemie

Prof. Dr. Hans Bock ist von der Universität von Michigan in Ann Arbor zum Adjunct Professor ernannt worden.

Prof. Dr. Hans Bock ist als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung Berlin GmbH berufen worden.

Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie

Als invited speaker sprach Prof. Dr. Herbert Oelschläger auf dem 41st International Congress of Pharmaceutical Science of F.I.P. vom 7. bis 11. September 1981 in Wien über „Advances in electrochemical techniques“.

Prof. Dr. Herbert Oelschläger trug als invited speaker in Noordwijkerhout auf dem IUPAC-IUHAR-Symposium v. 25. bis 28. 8. 1981 über „Drug Biotransformation as a Source of Drug Development“ und auf dem Jugoslawisch-deutschen Rheumatologen-Symposium in Regensburg von 4. bis 6. 9. 1981 über die „Pharmakokinetik nichtsteroidaler Antirheumatika“ vor.

Humanmedizin

Prof. Dr. med. Klaus Hübner, Geschäftsführender Direktor des Senckenbergischen Zentrums der Pathologie, ist zum ständigen Schriftführer der Deutschen Gesellschaft für Pathologie gewählt worden.

Prof. Dr. med. Heinrich Schmidt-Matthies, Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Frauenheilkunde und Geburtshilfe, ist zum Vorsitzenden der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft für gynäkologische Onkologie gewählt worden.

Prof. Dr. med. Albrecht M. Ehrly, Abteilung für Angiologie des Zentrums der Inneren Medizin, wurde auf dem 4. Internationalen Kongreß über Biorheologie in den Vorstand der Internationalen Gesellschaft für Biorheologie gewählt.

Der em. Professor für Anatomie, Prof. Dr. med. Dr. phil. h. c. Dietrich Starck, früher Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Morphologie

(Dr. Senckenbergische Anatomie), ist zum Ehrenmitglied der Anatomischen Gesellschaft ernannt worden.

Prof. Dr. H.-U. Deppe hat vom 26. 7. — 2. 8. 1981 an der Konferenz „Industrialization, Dependency and Health“ in Mexiko teilgenommen, die von der International Group for the Study of Political Economy of Health veranstaltet wurde. Auf der Konferenz hat er über das Thema Struktur des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung gegenwärtiger ökonomischer Krisenscheinungen und staatsinterventionistischer Regulierungsmechanismen gesprochen. Er wurde in das Präsidium der International Group for the Study of Political Economy of Health gewählt und zum regionalen Koordinator für Europa benannt.

Prof. Dr. Harald Förster ist zum C 3-Professor ernannt worden. Sein Fach ist „Experimentelle Anästhesiologie“.

Dr. Klaus Jork ist die akademische Bezeichnung Honorarprofessor verliehen worden.

Prof. Dr. Wolfgang Maler und Dipl.-Biol. Günter Schneck vom Zentrum der Morphologie wurden für ihre gemeinsame Arbeit „Konstruktionsmorphologische Untersuchungen am Gebiß der hominoiden Primaten“ mit dem Rudolf-Martin-Preis der Gesellschaft für An-

thropologie und Humangenetik ausgezeichnet. Der mit 5000 Mark dotierte Preis wurde den Autoren am 23. 9. 1981 anlässlich der 17. Tagung dieser Gesellschaft in Göttingen überreicht.

Prof. Dr. phil. nat. Dr. med. Andreas Kappas hat von der DFG eine Sachbeihilfe für ein Forschungsprojekt zur Messung der respiratorischen Impedanz erhalten. Im Rahmen dieses Projektes soll untersucht werden, ob es möglich ist, durch Frequenzanalyse der Atemwegsimpedanz auf eine Lokalisation einer Atemwegsobstruktion zu schließen. Die Frage hat im Hinblick auf eine gezielte Therapie der Volkskrankheit „chronische Bronchitis“ und unter Umständen auch für die Früherkennung dieser Krankheit eine gesundheitspolitische Bedeutung.

Publikationen

Beim Referat für Angelegenheiten der Forschung (Senckenberganlage 31, Raum 1016, Tel. 789-2979) können folgende kürzlich eingetroffene Publikationen eingesehen werden.

DFG—Kontinentales Tiefbohrprogramm der Bundesrepublik Deutschland. Kommission für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsforschung — Mitteilung XI.

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau Forschungsbericht 1978/79 — Band I und II.

Ausländerstudium:**Treffpunkt, Information, Diskussion**

Ausländerstudium: Damit ist vor allem die Ausbildung von Studenten aus der dritten Welt in der Bundesrepublik gemeint. Was veranlaßt diese Studenten, ihr Heimatland zu verlassen, welche Erwartungen haben sie, welche Lebens- und Studiensituation finden sie hier vor?

Hauptgründe für ein Studium in der Bundesrepublik sind meist der Mangel an Studienplätzen und die politische und ökonomische Lage im Heimatland. Viele sehen in den sozialen Bedingungen dort keine Zukunftschancen, viele werden wegen ihrer ethnischen oder politischen Zugehörigkeit verfolgt.

Oft werden hohe Erwartungen an das Studium an deutschen Hochschulen gestellt: Qualifiziertere Ausbildung als im Heimatland, bessere Berufschancen, vielleicht später ein Arbeitsplatz in Deutschland. Es besteht Hoffnung, durch Jobs das Studium zu finanzieren, deutsche Freunde zu gewinnen, eine gute Wohnung zu finden.

Die Wirklichkeit ist anders, die Hoffnungen erfüllen sich meistens nicht, zerbrechen an der Schwierigkeit des Studienanfangs, sich in einer fremden Kultur zurechtzufinden. Zulassungsbeschränkungen im gewünschten Studienfach, Wohnungsmangel, finanzielle Schwierigkeiten, Sprach- und Kommunikationsprobleme kennzeichnen den Anfang des Studiums. Und was kommt dann, nach dem Examen und fünf Jahren in Deutschland?

Wir wollen die ausländischen Studenten, die hier in Frankfurt studieren, einladen, mit uns diese Probleme zu untersuchen und Lösungen zu diskutieren. Wir wollen über die Interessen sprechen, die das Ausländerstudium hier bestimmen, wir wollen Erfahrungen über die Studienbedingungen austauschen und nachdenken, wie sie beeinflusst werden können, wir wollen fragen, welche Perspektiven die Integration hier oder die Reintegration im Heimatland bieten.

Wir wollen aktuelle Informationen austauschen und einen festen Treffpunkt für ausländische Studenten im Wintersemester anbieten: Jeden Donnerstag von 18 — 20 Uhr in der „Pinte“ der Katholischen Studentengemeinde, Beethovenstraße 28 (Beginn: 29. 10. 1981). An folgenden Terminen haben wir Referenten eingeladen, die auf einzelne Themen eingehen, Fragen beantworten und informieren:

- 29. 10.: Film: Muhamed oder die Angst vor dem nächsten Semester
- 12. 11.: Ausländerrecht in der Bundesrepublik
- 26. 11.: Die Bundesrepublik als multinationale Gesellschaft?
- 10. 12.: Ausländerstudium — wofür studieren?
- 14. 1.: Ausländerarbeit des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA).

**Katholische Studentengemeinde
Evangelische Studentengemeinde
Zentrale Studienberatung der Universität**

Politische Partizipation

Die Forschungsgruppe Politische Partizipation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität hat im Frühjahr 1981 eine repräsentative Befragung der Bevölkerung der Gemeinde Mörfelden-Walldorf, die primär vom geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn 18 West) betroffen ist, durchgeführt.

Ziel dieser Untersuchung ist es, Formen und Konsequenzen politischen Handelns der Bürger im Falle unmittelbarer Betroffenheit zu analysieren. Es geht also nicht darum, für die Bevölkerung Hessens oder der Bundesrepublik insgesamt Aussagen zu machen, sondern über eine Einzelfallstudie den Prozeß von Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen zu untersuchen.

Die Forschungsgruppe Politische Partizipation legt hiermit einen ersten zusammenfassenden Bericht vor, in dem zunächst die Ergebnisse in Hinblick auf einige zentrale Fragen der Untersuchung dargestellt werden. Eine tiefergehende Analyse, die möglichen kausalen Zusammenhänge im einzelnen nachgeht, ist zur Zeit noch in Arbeit.

Unsere ersten Auswertungen zeigen, daß in der Tat die Ablehnung des Flughafenausbaus von der überwiegenden Mehrheit der Bürger Mörfelden-Walldorfs geteilt wird und daß zumindest zum Zeitpunkt der

Befragung weitere Indikatoren auf eine tiefergreifende Enttäuschung der Bürger über die Mechanismen politischer Entscheidungsprozesse hinweisen.

Auf unsere Frage: „Wenn Sie Ihre Haltung zum Bau der Startbahn West beschreiben sollten: Wären Sie dann eher dafür oder dagegen?“ entfielen 6,9 Prozent der 464 Antworten auf die Kategorie „eher dafür“, weitere 6,9 Prozent auf die Kategorie „neutral“ und 86,2 Prozent auf die Kategorie „eher dagegen“. Selbst bei Berücksichtigung der üblichen statistischen Fehlertoleranz von hier etwa ± 4 Prozent liegt damit der Anteil der Gegner klar über 80 Prozent.

Weiterhin zeigen demographische Strukturprüfungen, daß trotz des bei postalischen Befragungen üblichen niedrigen Rücklaufs von hier 46,4 Prozent die realisierte Stichprobe als repräsentativ anzusehen ist. Junge Bürger sind sogar eher leicht unterrepräsentiert, ebenso Bürger mit höherem Schulabschluß, von denen man aus anderen Untersuchungen weiß, daß sie eher zu politischem Engagement bereit sind. Somit sind auch systematische Verzerrungen weitgehend ausgeschlossen.

Und es bleibt bei der überwiegenden Mehrzahl der Bürger nicht bei der bloßen Meinung, 80 Prozent der Befragten haben sich in unterschiedlicher Form auch persönlich engagiert; fast genau die Hälfte hat an Demonstrationen teilgenommen, an Besetzungsaktionen jedoch nur rund 13 Prozent. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß nur rund 12 Prozent sich früher schon einmal in ähnlichem Zusammenhang engagiert haben. Offensichtlich haben die Vorgänge um den geplanten Flughafenausbau eine erhebliche Politisierung bewirkt.

Nicht auszuschließen ist jedoch, daß die unmittelbare persönliche Betroffenheit ein entscheidendes Moment bei der Aktivierung darstellt. So glauben rund 70 Prozent der Befragten, daß die negativen Folgen des Startbahnbaues durch keine nachträglichen Maßnahmen (etwa Lärmschutzfenster oder Wiederaufforstungen) auszugleichen sind; sie erwarten also dauerhafte Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität. Weiterhin ist die Mehrheit der Startbahngegner nur in diesem Fall dagegen, lehnt aber den Ausbau von Flughäfen nicht grundsätzlich ab.

Das Ausmaß der Enttäuschung über das Verhalten der Landesregierung in dieser Frage wird unter anderem deutlich durch die sehr hohe Zustimmung von über 90 Prozent zu der großen kommunalpolitischen Koalition, zu der sich alle Parteien von CDU bis zur DKP (!) in Form einer Parteienaktionsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten.

Während sich die Einstellung gegenüber dem Flughafenausbau aus unseren Daten relativ präzise bestimmen läßt, fällt es weitaus schwerer, ihre Relevanz für zukünftiges Handeln vorherzusagen, da dieses auch sehr stark von der konkreten Konfliktsituation abhängt.

Einige Hinweise ergeben sich jedoch aus der Bewertung verschiedener Aktionsformen, um die wir die Befragten gebeten hatten.

Auf die Frage: „Um den Bau der Startbahn West zu verhindern, haben sich Bürger auf

verschiedenste Art und Weise engagiert! Wie würden Sie Ihre persönliche Haltung gegenüber folgenden Formen des Engagements beschreiben?“ antworteten bezüglich der spontanen Besetzung von Land im Falle einer Rodung 68,4 Prozent mit „billige ich“, 22,1 Prozent mit „billige ich nicht“ sowie 9,5 Prozent mit „keine Meinung“.

In bezug auf die Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen ergibt sich folgende Verteilung: „billige ich“ 94,0 Prozent, „billige ich nicht“ 2,4 Prozent, „keine Meinung“ 3,6 Prozent.

Die Tatsache, daß 22,1 Prozent der spontanen Besetzung von Land, aber nur 2,4 Prozent gewaltfreien Demonstrationen ihre Zustimmung entziehen, läßt allerdings vermuten, daß eindeutig gewaltfreie Aktionen gegenüber solchen Formen des Engagements bevorzugt werden, die das Risiko einer gewaltsamen Auseinandersetzung nicht vollständig ausschließen können.

Ralph Nessel
Cornelia Nowack
Manfred Küchler

Tanz Workshop

Am 24. und 25. Oktober 1981 veranstaltet das Zentrum für Hochschulsport zum dritten Mal die Margaret Morris Movement (MMM)-Workshop mit Jim HASTIE Director of Training of The International Association of MMM.

Das MMM ist ein System für Körpererziehung und Tanztraining, das bereits vor 70 Jahren von Margaret Morris in England entwickelt wurde. Es besteht einmal aus Standardübungen, aufgebaut in 10 nach Farben benannten Schwierigkeitsgraden, wobei jede Übung ihren unverkennbaren therapeutischen und ästhetischen Wert hat. Außerdem besteht das System aus freier Bewegung, wodurch die Kreativität gefördert wird.

Auf dem Wochenendprogramm steht u. a.: Kurse in verschiedenen „Farben“, Charakter-Tanz, Demonstration, Tanztechnik, Choreographie, Improvisation.

Beginn am Samstag, dem 24. Oktober, um 10.30 Uhr im Zentrum für Hochschulsport, Ginnheimer Landstraße 39.

Erfolgreiche Fechter

Bei den diesjährigen Deutschen Hochschuleinzelmeisterschaften im Fechten konnte die Universität Frankfurt einen Titel und weitere gute Plazierungen erreichen. Die ersten drei Plätze im Herrenflorett machten die Frankfurter unter sich aus, wobei Christoph Frohwein vor Thomas Weber und Detlev Diederichs erfolgreich war. Im Damenflorett gab es gegen starke Konkurrenz einen dritten Platz durch Christa Szymanski vor der Frankfurterin Margit Früchtl. Erste wurde Eva Itner aus Freiburg.

Im Degenfechten errang der bekannte Fünfkämpfer Norbert Kühn einen großartigen zweiten Platz hinter Achim Bellmann aus Münster. Außer Ch. Szymanski und N. Kühn, die die Altersgrenze überschritten haben (28 Jahre), konnten sich die genannten Fechter(innen) damit für die Studentenweltmeisterschaft (Universiade) qualifizieren, die in diesem Jahr vom 19. bis 30. Juli in Bukarest stattfand.

Veranstaltungen

Mittwoch, 21. Oktober

K. v. Klitzing, München:
Präzisionsbestimmung der Feinstrukturkonstanten aus Messungen an Halbleitersbauelementen
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Str. 2-4, Physikalisches Kolloquium

Donnerstag, 22. Oktober

W. A. Guillory, z. Z. Frankfurt:
State-to-State Energy / Transfer Processes
16.15 Uhr, Magnus-Hörsaal
Veranstalter: Institut für Physikalische und Theoretische Chemie

Odette Rohfritsch, Strasbourg:
Pflanzengallen (Beispiel: Aphidengallen)
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal des Botanischen Instituts
Botanisches Kolloquium

Joseph Dorfman, Tel Aviv:
Das jüdische Element in der russischen Musik des 19. und 20. Jahrhunderts
20 Uhr, Hörsaal des Musikwissenschaftlichen Instituts, Senckenberganlage 24
Veranstalter: Musikwissenschaftliches Institut

Freitag, 23. Oktober

Werner Ziegs, Frankfurt:
Kometen-Wanderer im Sonnensystem
20 Uhr, Volkssternwarte, Robert-Mayer-Straße 2-4 (Ab 19 Uhr, bei klarem Wetter, Beobachtung der Andromedagalaxie)
Öffentliche Abendführung der Volkssternwarte des Physikalischen Vereins

Dienstag, 27. Oktober

Georg Henneberg, Berlin:
Grenzfälle bei der Beurteilung von möglichen Impfschäden
17.15 Uhr, Hörsaal des Paul-Ehrlich-Instituts, Paul-Ehrlich-Straße 42-44
257. Kolloquium des Paul-Ehrlich-Instituts, des Georg-Speyer-Hauses und des Ferdinand-Blum-Instituts

Mittwoch, 28. Oktober

Ekkehard Jordan, Hannover:
Bolivien — Land vielseitiger Extreme
19 Uhr, Hörsaal der Geowissenschaften, Senckenberganlage 34
Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Helmar Krupp, Karlsruhe:
Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Mikroelektronik
20 Uhr, Kleiner Hörsaal des Physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Straße 2-4
Veranstalter: Physikalischer Verein

Donnerstag, 29. Oktober

Theodor Butterfaß, Frankfurt:

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT** im Wintersemester 1981/82 erscheint am 4. November 1981. Redaktionsschluß ist am 28. Oktober um 12.00 Uhr. UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Botanische Eindrücke aus Australien
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Botanik, Siesmayerstraße 70
Botanisches Kolloquium

Claus Köhler, Frankfurt:
Kapitalmarktpolitik durch die Zentralbank
17.30 Uhr, Industrie- und Handelskammer, Börsenplatz
Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Institutionen des deutschen Kapitalmarktes“ (Einlaß nur mit Karte, Telefon 7 98 - 26 69)

Freitag, 30. Oktober

Walter Schempp, Siegen:
Digitale Signalüberwachung
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Mathematisches Kolloquium

Brigitte Péglow, Frankfurt:
Die Sonne, unser nächster Stern
20 Uhr, Volkssternwarte, Robert-Mayer-Straße 2-4 (Ab 19 Uhr, bei klarem Wetter, Beobachtung der Andromedagalaxie)
Öffentliche Abendführung der Volkssternwarte des Physikalischen Vereins

Dienstag, 3. November

A. Dreiding, Zürich:
Synthese von Cyclopentenonen durch Thermolyse von α -Alkinonen
17.30 Uhr, Hörsaal Niederursel
Veranstaltung im Rahmen des Organisch-Chemischen Kolloquiums

R. Menzel, Berlin:
Wie Bienen und Menschen lernen
19.30 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
Veranstalter: Universität und Polytechnische Gesellschaft

Mittwoch, 4. November

R. Kippenhahn, München:
Zur Physik von Akkretionsscheiben
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
Physikalisches Kolloquium

Die von der Universität und der Gesellschaft für Information und Dokumentation mbH (GID) geplante gemeinsame Veranstaltung „Fachinformation für Forschung und Lehre“ muß aus Termenschwierigkeiten, die bei der GID liegen, abgesagt werden.

Donnerstag, 5. November

F. S. Rowland, München:
The Chemistry of Atmospheric Chlorine and Stratospheric Ozone
16.15 Uhr, Magnus-Hörsaal
Veranstalter: Institut für Physikalische und Theoretische Chemie

Filmabend: Salz der Erde
19.30 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
Veranstalter: Katholische Studentengemeinde

Freitag, 6. November

Chor-Wochenende in Nothgottes (Rheingau)
Anmeldung bis 30. 10. an Ulrich Jaekel, Telefon 74 80 77 (Am 30. 10. um 19 Uhr Vorprobe im Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28)
Veranstalter: Katholische Studentengemeinde

Offener Brief an die Sekretärinnen

Liebe Kolleginnen, wir sind ein nicht zu großer Kreis von Verwaltungsangestellten, die für eine suffiziente Funktion des jeweils zuständigen Institut-Sekretariats eintreten. Da wir bei unseren einmal im Monat stattfindenden, sehr beliebten Treffs die Erfahrung gemacht haben, daß unsere Berufsgruppe gemeinsame Interessen und Probleme aufweisen, die durch Aussprachen in unseren Zusammenkünften konstruktive Hilfestellung erfahren, wollen wir auf diesem Weg Anregung geben, Kolleginnen aus den verschiedenen Fachbereichen kennenzulernen.

Unterschiedlich zu der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die in der Mehrzahl an den Instituten beschäftigt sind und am Ort ihrer Tätigkeit An- und Aussprache fachlicher Art pflegen können, ist die Sekretärin als einzelne hierin benachteiligt. Wir möchten betonen, daß es sich um eine ganz private Initiative handelt, die außerhalb von Gewerkschaften und Politik diesen Rahmen geschaffen hat.

Wir treffen uns nach Dienstschluß jeden ersten Mittwoch des Monats in einem netten Lokal in nächster Nähe der Universität und möchten Sie herzlichst einladen. Es ist uns mit Erfolg gelungen, auch die heitere und gesellige Note einzuschließen und auf Ihren Wunsch Speis und Trank zur Erfrischung. Bitte, rufen Sie zur näheren Information einfach Frau Bäuml (Tel. 29 82) oder Frau Rink (Tel. 23 11), Fb Wirtschaftswissenschaften, an, wir freuen uns über Ihr Interesse. Ihre Kolleginnen